



aktuell

Monatszeitschrift des OGB-L - Februar 2002 - N°2



Affäre Kralowetz : Chronik der Ereignisse Seite 9



Tagung des OGB-L-Nationalvorstandes Seite 6

Sommaire

Inhalt

4



Editorial

Reformstau endlich beseitigen!

6



Nationalvorstand

8



Affäre Kralowetz

Der OGB♦L fordert Transparenz, Verantwortung und Beschlüsse

12



Point de vue

Gewerkschaftsrechte und Arbeitsrecht:
Es besteht Reformbedarf und die Zeit drängt!

16



Déconventionnement

Tous les patients ont droit à la même qualité de soins

17



Entreprises

Monopol, Circuit Foil, Textilcord, Rubbermaid, Dupont, Banques...

21



Campagne de mobilisation

Plus de démocratie dans les entreprises grâce à un syndicat fort et des lois modernes

37



Generalversammlungen

Assemblées générales : participez pour décider !



250... 250 EURO FIREN
ZANNT ZE PLOMBÉIEREN...
...WEE GËTT MËI?



WAT HUDD DER?
...ECH MINGEN AN
DER PEI?

DEKONVENTIONNÉIERUNG VUN DEN DOKTESCHTARIFEN
A SKANDALER AM TRANSPORTBERÄICH SIN DE
BEWEIS: BEI EIS DRÉINT SECH ALLES
NACH JUST EM GELD

ACHNEIDER



ALSO, IHR MIR GEBEN 1000 EURO
DANN DÜRFEN LASTWAGEN FAHREN



LUXEMBURG GUT LAND
FÜR SKLAVEN, NUR
MAFIA HIER SCHLIMMER
ALS IM OSTEN!

Reformstau endlich beseitigen!

Während Jahren forderte der OGB♦L einen "hauptamtlichen" Arbeitsminister. Seit dem Regierungswechsel im Jahre 1999 haben wir ihn und begrüßen, dass zur Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode vieles angepackt wurde und manches auf den legislativen Weg gegangen ist.

Der Arbeitsminister kennt die Sorgen der Gewerkschaften sowie die Wünsche und Forderungen des OGB♦L. Zusammen haben wir in den vergangenen Monaten Probleme andiskutiert und Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Stellvertretend sei das Gesetzesprojekt für den Horeca-Bereich genannt, auch wenn die eigentlichen Hürden noch zu nehmen sind.

Erfolgreiche Mobilisierung

Der OGB♦L-Kongress vom Dezember 1999 hatte unter anderem zwei große Prioritäten gesetzt und deutlich gemacht, dass in diesem Sinn gewerkschaftlich zu mobilisieren sei: "Für eine gerechte Umverteilung" einerseits, für die Forderung nach einem "Neuen Sozialdialog durch moderne Gewerkschaftsgesetze" andererseits.

Die massive Mobilisierung für eine gerechte Umverteilung war ein voller Erfolg. Im vergangenen Jahr konnten wichtige politische Verhandlungen abgeschlossen werden. Verbesserungen werden in diesem Jahr per Gesetz in Kraft treten, oder sind bereits gültig, wie die Rücknahme der Verschlechterungen bei den Krankenkassen. Renten, Hausfrauenrente, Invalidengesetzgebung, Heizkos-

tenzuschuss , ... usw beweisen, dass massive Verbesserungen möglich sind. Auch wenn die verschiedenen Regierungen seit Jahren mauerteten und zum Beispiel strukturelle Rentenerhöhungen verweigerten.

Der Umverteilungskampf nimmt aber kein Ende, denn wir sind immer noch weit von wirklicher sozialer Gerechtigkeit entfernt. So sind trotz massiver Steuerentlastungen, Zehntausende von Menschen bei dieser Umverteilung ganz oder teilweise ausgeschlossen. Dem muss über eine selektive Sozial- und Familienpolitik abgeholfen werden. In diesem Zusammenhang behält die kontinuierliche Kollektivvertragspolitik ihre ganze Bedeutung.

Der OGB♦L fordert mehr qualitative Verbesserungen, genauso wie er jeden Versuch von Verschlechterungen im Keim ersticken wird. Dies gilt für den erneuten Angriff auf den Index, wie auch den Versuch der Ärzte über den Weg der Dekonventionierung die Zweiklassen-Medizin in Luxemburg einzuführen. Der OGB♦L hat sich als erste Gewerkschaft diesem Versuch widersetzt. Es handelt sich um eine Prinzipienfrage, die riskiert das gesamte luxemburgische Sozial- und Gesundheitssystem qualitativ zu verschlechtern, dies nicht nur für die Versicherten, sondern auch für das Personal im Gesundheitswesen.

Mehr Wirtschafts- demokratie

Die Mobilisierungskampagne des OGB♦L wird weitergeführt, so der Beschluss unserer Gremien im September 2001. Es gilt nun in



John Castegnaro
Präsident

den verbleibenden zweieinhalb Jahren Amtszeit dieser Regierung, den Reformstau im Arbeitsrecht zu beheben. Ausschuss- und Mitbestimmungsgesetze stammen aus den siebziger Jahren. Seit dieser Zeit erlebten wir eine Weltwirtschaftskrise und tiefgreifende, strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft begleitet von der Globalisierung und neuer Spielregeln in der Arbeitsorganisation.

Stammpersonal wird abgebaut, Leiharbeit, Zeitverträge, Teilzeitbeschäftigung und andere neue Arbeitsformen haben Einzug gehalten. Das erklärte Ziel der Wirtschaft ist mit weniger Menschen, mehr Flexibilität und Prekarität, rationeller, billiger und profitabler zu produzieren. Nie gab es soviel Hetze und Murks in den Betrieben wie heute. Der Druck auf die Beschäftigten und ihre gewerkschaftlichen Vertreter ist größer denn je. Angst um den Arbeitsplatz, Erfolgsdruck, Stress, Mobbing sind negative Begleiterscheinungen, die die Lebensqualität in den Betrieben dramatisch verschlechtern haben.

Darum muss der Sozialdialog neu organisiert werden, insbesondere durch die Einführung von neuen und den Ausbau von bestehenden gewerkschaftlichen Mitbestimmungsgesetzen in den Betrieben. Die Jahrzehnte alte Forderung des OGB♦L nach einer Kodifizierung des Arbeitsrechts, seiner Modernisierung und Anpassung an die neuen Begebenheiten muss nun endlich realisiert werden! Unsere Ausschussleute in den Betrieben leben gefährlicher denn je; ihr Einfluss ist geschrumpft und damit auch die Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer. Dem muss Abhilfe geschaffen werden!

Kralowetz: ein Beispiel

Dass die europäische Union sozial unterentwickelt ist, wissen wir. Dass in dieser EU, moderne Sklaverei und Ausbeutung möglich sind, das wussten wir auch und das wird am Beispiel Kralowetz auf brutalste Weise verdeutlicht. Der OGB♦L und die ACAL haben seit Jahren dagegen protestiert. Alle wussten es und sahen zu. Darüber kann auch der plötzlich bei den heutigen und ehemaligen Ministern aufgetretene kollektive Gedächtnisschwund nicht hinweg täuschen.

Der OGB♦L hat auf eindrucksvolle Weise das Dossier Kralowetz begleitet, humanitär und politisch. Wir haben einerseits den Menschen geholfen, andererseits aber auch die MACHENSCHAFTEN und Illegalitäten eines Kralowetz und anderer aufgedeckt und in den Mittelpunkt der Debatte weit über die Landesgrenzen hinaus gerückt. Die luxemburgische Regierung muss endlich im Interesse der vielen seriösen Speditionsfirmen und des guten Rufes unseres Landes, ihre Verantwortung übernehmen.

Ändern wir Regeln und Gesetze, wenn dies notwendig sein sollte, um dem Spuk ein Ende zu bereiten und modernen Ausbeutern die "legale" Basis zu entziehen und ihnen das Handwerk zu legen!

OGB♦L-Nationalvo

Kralowetz-Affäre,

Es war eine ganze Bandbreite von Themen, mit denen sich der Nationalvorstand am 19. Februar 2001 in einer ganztägigen Sitzung im Düdelinger Gewerkschaftsheim zu befassen hatte. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 20. Februar berichtete John Castegnaro über diese Sitzung, die man aus Rücksicht auf das anstehende 85-jährige Wiegenfest der nach wie vor starken OGB♦L-Sektion Düdelingen in der „Forge du Sud“ abgehalten hatte.

Neben der Behandlung der beiden skandalträchtigen Themen Schweinepest und Kralowetz habe der Nationalvorstand beschlossen, die 1998 lancierte Mobilisierungskampagne im Hinblick auf einen Generalstreik fort zu führen vor dem Hintergrund der beiden Hauptthemen Umverteilung und Stärkung der Demokratie auf Betriebsebenen.

Besonders wichtig sei der Schutz der Saliatsvertreter in den Betrieben, die immer stärker unter Druck gesetzt würden und deren gesetzlich verbrieft Schutz immer mehr in Frage gestellt würde.

Reformstau auflösen

Im Zusammenhang mit der Bewertung der politischen Situation in Luxemburg hält der OGB♦L fest, dass auch zur Halbzeit der Legislaturperiode der von der früheren Regierung übernommene Reformstau noch immer nicht aufgelöst sei. Dabei riskiere man, sehr schnell in Zeitnot zu kommen, was wiederum einen Verzug für die notwendige Modernisierung wichtiger Gesetze bedeute.

Ein grundsätzlich gutes Verhältnis pflege man mit dem Arbeitsminister, was nicht für alle Regierungsvertreter gelte, doch habe man den Eindruck, dass auch in vielen Dossiers, wie bei der Kralowetz-Affäre ersichtlich, trotz

akutem Handlungsbedarf ganz einfach auf Zeitgewinn gearbeitet würde. Affären wie der besagte Transportskandal seien überhaupt nur möglich, weil es an einer gebührenden Vernetzung zwischen den staatlichen Instanzen mangle.

Die nationale Tripartite blickt 2002 bereits auf 25-jähriges Bestehen zurück, so John Castegnaro, der über dieses Instrument eine Neubelebung der Beschäftigungspolitik erreichen will. Dies sei vor allem geboten, um die Bestimmungen des so genannten PAN-Gesetzes, das im Juli 2003 ausläuft, an die neuen Gegebenheiten an zu passen. Die nächste Sitzung der nationalen Tripartite soll dazu genutzt werden, einen Themenkatalog mit den wichtigsten Anliegen im Bereich des Arbeitsrechtes zu erstellen.

Was die wirtschaftliche Situation in Luxemburg betrifft, so hätten sich die nach dem 11. September 2001 geäußerten düsteren Vorahnungen nicht bestätigt und die Lage sei deutlich besser als in den Nachbarstaaten. Deshalb gebe es auch zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass für Lohnmoderation auf Seiten der Gewerkschaften.

Arbeitsbeschaffung tut Not

Generell sei die Arbeitsplatzbeschaffung auf EU-Ebene unzureichend und die Kommission sei gut beraten, einen neuen Maßnahmenkatalog zu erstellen, mit dem die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll eingedämmt werden könnte. In der Rentenproblematik verlangt der OGB♦L, dass die vorgesehene Reform rückwirkend zum 1. März und nicht erst zum 1. April dieses Jahres in Kraft tritt. Entgegen den ursprünglichen Abmachungen seien die politischen Parteien aus den vorgesehenen Arbeitsgruppen zur Vertiefung der Themenkreise ausgeschlossen wor-

den, so Castegnaro, der erneut der CSV das alleinige Verdienst am Zustandekommen der so genannten Hausfrauenrente streitig machte. Im Gesundheitssektor solle transparent und verantwortlich über die Einkommenssituation der Ärzte gesprochen werden, wodurch die von diesen angestrebte Dekonventionierung überflüssig würde. Es komme darauf an, eine qualitäts- und leistungsbezogene Bezahlung anzustreben.

Im Zusammenhang mit dem Vorprojekt zur Reform des Kollektivvertragsgesetzes dränge sich auch die Frage auf, wie man, nach der Regelung im Privatsektor auch im öffentlichen Sektor vorzugehen habe. Dies dürfe kein Tabu-Thema sein, zumal jetzt eine gute Basis auf dem Tisch liege und man nur auf eine schnelle Umsetzung hoffen könne. Mit der Sicherung der Standorte und dem Verbleib aller Beschäftigten von Tochterunternehmen im gleichen vertraglichen Rahmen hätten die Gewerkschaften bei der Bildung von ARCELOR zwei beachtliche Erfolge zu verzeichnen.

Chefsache

Im Zusammenhang mit dem Kralowetz-Dossier seien auch die Namen anderer Transportfirmen aufgetaucht, so Castegnaro weiter, der dabei auch u.a. Transdanubia und Interliner nannte. Dieses generelle Problem dürfe nicht unter den Teppich gekehrt werden und der Gedächtnisschwund früherer Minister sei nicht zulässig, umso mehr, als Kralowetz seit 1986 im Lande tätig sei und mit Ausnahme des totalen Gedächtnisausfalls von Robert Goebbels alle genau Bescheid gewußt hätten. Hier sei nunmehr der Staatsminister selbst gefordert, der diese Angelegenheit zur Chefsache machen müsse.

orstand

Demokratie auf Betriebsebene und Tripartite als Hauptthemen

Nicht zuletzt, so Castegnaro, dränge sich auch ein Inventar aller Instrumente auf, auf die unser Land im Interesse seines guten Namens sehr wohl verzichten könnte, wie etwa Hochsee-

flagge, Sozialversicherung der Rheinschifffahrer und Briefkastenfirmen der unterschiedlichsten Arten. Es sei an der Zeit, dass sich der Justizminister hier die Möglichkeiten gibt, die not-

wendigen Kontrollen im In- und Ausland durchführen zu lassen. Immerhin sei Luxemburg „fast schon zur Bananenrepublik“ verkommen.

Nick Dicken (journal)

Rekordjahr 2001
733 Konkurse und
1169 verlorene Arbeitsplätze

Der OGB•L fragt und fordert:

- ♦ die notwendige Transparenz und ehrliches Zahlenmaterial;
- ♦ Auskunft über die legale und juristische Behandlung von betrügerischen Bankrotten;
- ♦ Information über die Handhabung und Prozeduren bei den „gestions contrôlées“ (Geschäftsführung unter gerichtlicher Überwachung);
- ♦ Information und Aufklärung über den finanziellen Ausfall bei der Steuerverwaltung, dem Enregistrement, den Sozialversicherungen.

Beschäftigungssituation und Zahl der Konkurse zum 20.02.2002 Die Serie geht munter weiter

Die Bilanz zum 20.02.2002 bestätigt bereits jetzt mit 75 Konkursen und 77 Betroffenen (33 in Luxemburg ansässigen Arbeitnehmern sowie 44 Grenzgängern) die vom OGB•L angeprangerte negative Dynamik in der Entwicklung. Das Beispiel Kralowetz respektive die Konkurserklärungen der Splitterfirmen United Cargo Liners und United Cargo Lux untermauern das Fehlen von vernetzten Überwachungsmöglichkeiten, die verhindern würden, dass es immer wieder zu Firmengründungen, Konkursen und Neustarts unter geänderten Namen kommt.

Bei den Scheinfirmen kommt insbesondere im Bereich des privaten Straßentransportsektors die Missachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und damit ein Höchstmaß an Ausbeutung der betroffenen Arbeitnehmer erschwerend hinzu .

Der OGB•L erinnert in diesem Zusammenhang an seine zahlreichen Interventionen, die eine Straffung der gesetzlichen Auflagen und anderer Bestimmungen zur Erteilung von Handelsermächtigungen anvisieren, dies um eine Häufung von Konkurserklärungen zu vermeiden. Die für diese Woche im Parlament anberaumte Verabschiedung der Neufassung des Niederlassungsgesetzes, das an die gleichzeitige Umsetzung der EU-Direktive gekoppelt ist, sollte für eine tiefgreifende, alles umfassende Debatte genutzt werden, sowohl im Kontext Kralowetz, als auch der generellen Konkurs-Problematik.

Daneben bestätigt der Anstieg der Arbeitslosenzahlen im allgemeinen, sowie der Zahl der Personen, die sich in Beschäftigungsmassnahmen befinden, den OGB•L in seiner Forderung nach einer schnellstmöglichen Revision des 1999-PAN-Gesetzes respektive des Gutachtens des Koordinationskomitees von 1998.

K
o
n
k
u
r
s
e



Affäre Kralowetz

Der OGB♦L fordert Transparenz, Verantwortung und Beschlüsse !

einen Asylantrag? Der hätte das menschliche Drama bloß verlängert, ohne eine Lösung zu sein.

All dies ändert nichts an der Tatsache, dass andere Minister sich ihrer Verantwortung entziehen und damit die notwendige Transparenz verhindern und sich an den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Beschlüssen vorbei stellen wollen.

Kralowetz und ähnliche Betriebe gibt es seit Jahren. Seit Jahren sind auch Illegalitäten und Gesetzüberschreitungen bekannt, - auch Ministern - für welche keiner eine Verantwortung übernehmen wollte. OGB♦L und ACAL weisen seit Jahren auf diese Missstände hin, die von der Zollverwaltung, durch Gerichtsurteile und Beschlüsse der zuständigen Sozialversicherungsinstanzen bestätigt werden.

Obwohl die Illegalitäten bei Kralowetz seit Jahren bekannt sind, bedurfte es der Intervention der Staatsanwaltschaft München, um den Stein ins Rollen zu bringen, respektive der Hartnäckigkeit des OGB♦L, das Problem zu thematisieren.

Der OGB♦L fordert konkretes Handeln seitens der Regierung und aller anderen direkt oder indirekt implizierten Verwaltungen. Darum begrüßt der OGB♦L die Aktion des "Enregistrement", endlich die Pfändung des Fuhrparks vorgenommen zu haben. Auch die Justiz, welche nun zwei Kralowetz-

Firmen in Konkurs gesetzt hat, ist ein notwendiger Schritt, um Aufklärung zu ermöglichen. So ist es möglich die berechtigten Gehaltsansprüche der Belegschaft, der Verwaltungen und anderer möglicher Gläubiger abzuschern.

372 Fahrer haben Lohnanspruch. 12 Büroangestellte sind ohne Chef, ohne Unterlagen, ohne Gehalt, ohne Perspektiven.

Der OGB♦L fordert die zuständigen Instanzen auf, auch diesbezüglich für Klarheit zu sorgen. Die betroffenen Menschen haben finanzielle Verpflichtungen und dürfen nicht in den Abgrund gedrängt werden.

86 Fahrer haben auf Anraten des OGB♦L vor ihrem Abflug bei der Polizei Klage gegen ihre Firma – ohne zu wissen, welche von den vielen – eingereicht. Als Mandatär der Betroffenen will der OGB♦L ihnen und allen anderen zu ihrem Recht verhelfen. Die Regierung steht auch hier in der Verantwortung !

Zu begrüßen ist, dass " Déi Greng " national wie europäisch auf die Missstände hinweisen und genau wie der OGB♦L, für totale Aufklärung und die sich aufdrängenden Maßnahmen eintreten. Neben notwendigen Lösungsvorschlägen auf EU-Ebene, muss auch national gehandelt werden.

Mit einer für Luxemburg einmaligen Aktion sorgte der OGB♦L für eine humanitäre Tat und eine weit über die Grenzen hinaus reichende Sensibilisierungskampagne in Zusammenhang mit der Kralowetz-Affäre.

Seinen ausdrücklichen Dank richtet der OGB♦L an das Rote Kreuz, die Arbeiterkammer, die Caritas und die Gemeinde Esch/Alzette, die spontan die Unterbringung der 167 betroffenen Fahrer ermöglichten.

Einen besonderen Dank auch an die Familienministerin Marie-Josée Jacobs für die unbürokratische und unkomplizierte Handhabung der Rückführungsaktion. Dazu gab es unter den gegebenen Umständen keine Alternative, es sei denn, die politische Bereitschaft hätte bestanden, eine Ausnahme zu machen, dies wäre ein gefährlicher Präzedenzfall gewesen. Oder

Darum fordert der OGB♦L die sogenannte " Quoten-Regelung ". Sie soll den luxemburgischen Speditionsfirmen das Recht einräumen, einen gewissen Prozentsatz an Beschäftigten aus Nicht-EU-Ländern einzustellen, denen dann eine normale Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung gewährt werden muss. Dies würde sicherstellen, dass sie total der luxemburgischen Gesetzgebung und dem entsprechenden Kollektivvertrag unterliegen. Dies würde nicht nur Ausbeutung und Sklaverei unterbinden, sondern genauso Wirtschafts- und Sozialdumping.

Dies könnte auch unterbunden werden, wenn bei der Osterweiterung der EU auf alle Ausnahmebestimmungen betreffend die Freizügigkeit der Arbeitnehmer verzichtet würde. Jede Ausnahmebestimmung fördert illegale Beschäftigung und wäre ein Erfolg gewisser Lobbys, die aus erklärlichen Gründen für Beschränkungen eintre-

ten. Es sind die gleichen (neo)-liberalen Kräfte, die gegen den öffentlichen Transport zu Gunsten der totalen Privatisierung eintreten.

Die Kralowetz-Affäre sollte Auslöser für den längst überfälligen Klärungsprozess und die sich daraus ergebenden politischen Schlussfolgerungen sein. Um so mehr, weil doch verschiedene Minister seit Monaten genau im Bilde darüber sind, wie sich die Situation bei dieser Firma (und vielleicht auch bei anderen) präsentierte.

Es geht um den guten Ruf Luxemburgs !

Es geht auch darum, die vielen seriösen luxemburgischen Speditionsbetriebe zu schützen und eine Sippenverurteilung zu verhindern.

Kralowetz-Betriebe, ähnliche Briefkastenfirmen, delokalisierte Betriebe wie die luxemburgische Hochseeflotte

und die Binnenschifffahrt machen ein schnelles politisches Umdenken in Luxemburg notwendig. Im Interesse Luxemburgs und der ausgebeuteten Arbeitnehmer.

Erlaubt sei eine Parallele zu der permanent steigenden Zahl an Konkursen. Auch hier haben bisher weder die vorherige, noch die aktuelle Regierung ihre Verantwortung übernommen.

Die Reform des luxemburgischen Niederlassungsrechts, d.h. die Erteilung oder Annullierung der Handelsermächtigungen muss überarbeitet werden. Um seriöse Unternehmen zu schützen, die Ausbeutung von Arbeitnehmern zu verhindern und Millionen Euro Verluste für den Staat und die Sozialversicherungen zu unterbinden.

John Castegnaro

Chronik der Ereignisse Der Kralowetz-Skandal

Dienstag, 22. Januar

- ♦ 250 Beamte von Polizei, Finanzamt und Zollverwaltung führen zeitgleich in 8 europäischen Ländern eine Großrazzia in den verschiedenen Kralowetz-Unternehmen durch. Die Aktion erfolgt auf Anweisung der Staatsanwaltschaft München. Hierbei werden zahlreiches Aktenmaterial und Computer beschlagnahmt. Die Fahnder gehen von einer kriminellen Bande aus, der Verstöße gegen das Ausländergesetz, Fälschung, Steuerhinterziehung, Vorbeischleusen von Sozialabgaben sowie Verstöße gegen die europäischen Lenk- und Ruhezeiten vorgeworfen werden. Betroffen ist auch das Büro in Esch/Alzette, wo sich der administrative Sitz des Kralowetz-Firmengeflechts befindet.

Mittwoch, 23. Januar

- ♦ Der OGB♦L-ACAL wird vom Büropersonal in Esch/Alzette über die Großrazzia informiert. Der zuständige OGB♦L-Sekretär begibt sich sofort an Ort und Stelle zur Krisensitzung mit dem Personal.
- ♦ Im Laufe des Tages melden sich immer mehr Fernfahrer, die von ihrem Disponenten die Anweisung erhalten haben, alle Fahrzeuge im grenznahen französischen Tucquegnieux zusammen zu ziehen. Noch am gleichen Abend begibt sich der OGB♦L-Sekretär

mit einigen Fahrern dort hin, um die Lage mit den Fahrern zu besprechen. Es stellt sich heraus, dass alle Fahrer aus der Slowakei, der Tschechei und aus Bulgarien stammen und dass sie seit 3 Monaten keinen Lohn mehr erhalten haben. Die Verhältnisse auf dem Parkplatz in Tucquegnieux sind menschenunwürdig. Die Fahrer haben nicht einmal Sanitäreinrichtungen zur Verfügung. In einer Pressemitteilung spricht der OGB♦L-ACAL von „moderner Sklaverei“.

Donnerstag, 24. Januar

- ♦ Der Bürgermeister des 500 Seelen Orts Tucquegnieux setzt sich mit dem OGB♦L in Verbindung und informiert, er habe den Präfekten des Departements „Meurthe et Moselle“ ins Bild gesetzt. Die CRS erhalten den Auftrag, die Fahrer zum Verlassen des französischen Territoriums aufzufordern. Die Fahrer werden von der Polizei bis zur luxemburgischen Grenze geleitet. Die ersten Fahrer kommen in der Mittagsstunde in Luxemburg an. Der OGB♦L leitet sie auf das Park & Ride Gelände nach Howald. Bis zum Abend treffen noch weitere 100 Fahrer ein.
- ♦ Der OGB♦L organisiert Verpflegung für die total erschöpften und ausgehungerten Fahrer. Die meisten sind völlig mittellos. Sie haben ihre letzten Ersparnisse aufgebraucht, um nach Luxemburg zu kom-

men, wo sie erwarten, ihre geschuldeten Löhne doch noch zu erhalten.

- ♦ Am Nachmittag spricht der OGB♦L mit Transportminister Henri Grethen über das Dossier.

Freitag, 25. Januar

- ♦ Über Nacht sind noch zusätzliche Fahrer in Luxemburg gestrandet, so dass ihre Zahl nun auf rund 170 angestiegen ist. Der OGB♦L spricht von einer „humanitären Katastrophe“. Notdürftig werden die Fahrer im Bildungszentrum der Arbeiterkammer in Remich und im Bildungszentrum des Roten Kreuz in Berg untergebracht, wo auch die meisten, nach mehreren Tagen, wieder eine warme Mahlzeit zu sich nehmen können. Einige Fahrer müssen, aus Platzmangel, weiterhin in ihrer Fahrerkabine übernachten.
- ♦ In einer ersten Sitzung beim Anwalt des OGB♦L, werden die Möglichkeiten analysiert, das Unternehmen in Konkurs zu setzen.
- ♦ Am Nachmittag wird der Firmenchef Karl Kralowetz in Luxemburg verhaftet und nach Schrassig gebracht, wo er sich in Untersuchungshaft befindet.
- ♦ Im Rahmen einer Pressekonferenz fordert der OGB♦L-ACAL das Einsetzen einer interministeriellen Arbeitsgruppe, um Licht in die dunklen Machenschaften der Kralowetz-Firmen zu bringen. Der OGB♦L weist darauf hin, dass er diese Missstände seit 10 Jahren bei den zuständigen Ministerien und Verwaltungen angeprangert hat, ohne dass etwas unternommen worden ist.

Samstag, 26. Januar

- ♦ Das Drama nimmt eine überregionale Dimension an, an welchem sich zunehmend ausländische Journalisten interessieren und darüber berichten.
- ♦ Gelegentlich der Generalversammlung der ACAL-Sektion Steinfort, verurteilt der OGB♦L sowohl die illegalen Praktiken der Kralowetz-Firmen als auch die „Vogel-Strauss-Politik“ der politischen Verantwortlichen in Luxemburg.

Sonntag, 27. Januar

- ♦ Immer mehr Journalisten aus ganz Europa finden sich in Luxemburg ein und berichten vom Kralowetz-Skandal.

Montag, 28. Januar

- ♦ Vor über 50 Journalisten aus Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland, Österreich, der Slowakei und der Tschechei geht OGB♦L-Präsident John Castegnaro erneut auf die Geschehnisse der letzten Tage ein und fordert absolute Transparenz in diesem Skandal, der den Ruf Luxemburgs ernsthaft in Frage stellt. John Castegnaro unterstreicht, es handele sich hierbei auch um ein europäisches Problem, das auf EU-Ebene gelöst werden müsse.
- ♦ In einer Pressemitteilung unter dem Titel „Luxemburg ist überall“, geht die ETF (Europäische Transportarbeiterföderation) auf den Fall Kralowetz ein und spricht sich für eine kontrollierte Öffnung des

Arbeitsmarktes für Nicht-EU-Bürger im Transportbereich aus.

- ♦ Zusätzliche Fahrer werden im Ferienzentrum der Caritas in Liefingen untergebracht.
- ♦ Die Münchener für Staatsanwaltschaft stellt einen Auslieferungsantrag für Karl Kralowetz.

Dienstag, 29. Januar

- ♦ Im Parlament erklärt Transportminister Henri Grethen, die aus Osteuropa stammenden Kralowetz-Fahrer hätten nie einen Fuss nach Luxemburg gesetzt und insofern sei das Unternehmen absolut in der Legalität gewesen. Grethen erklärt, es handele sich auch nicht um eine Briefkastenfirma und er könne sich auch nicht vorstellen, dass ein Konkursverfahren gegen die Spedition eingeleitet werde, dass sie alle gesetzlichen Kriterien erfülle (Ehrenhaftigkeit, berufliche und finanzielle Eignung). Vom rechtlichen Standpunkt her, sei der Firma Kralowetz nichts vorzuwerfen, so Grethen.
- ♦ In der Nacht wollen Vertreter einer Leasingfirma, die am Centre Douanier abgestellten Lkws nach Österreich abtransportieren. Der OGB♦L interveniert sofort bei der Polizei, die ab dieser Nacht den Parkplatz bewacht.

Mittwoch, 30. Januar

- ♦ Familienministerin Marie-Josée Jacobs beruft eine Sitzung ein, um über die Rückführung der Kralowetz-Fahrer in ihre Heimatländer zu beraten. Neben einer Delegation des OGB♦L, nehmen auch Arbeitsminister François Biltgen, Vertreter des Transportministeriums, des Justizministeriums, der Gewerbeinspektion, des Roten Kreuzes und der Caritas daran teil. Es wird beschlossen, die gestrandeten Fahrer mit zwei gecharterten Flugzeugen in ihre Heimatländer zurückzufliegen und jedem eine Entschädigung von 1.000 € auszuzahlen.

Donnerstag, 31. Januar

- ♦ Eine Delegation bestehend aus Vertretern von OGB♦L und verschiedener Ministerien besucht die Fahrer in den Unterkünften des Roten Kreuz, Caritas und der Gemeinde Esch/Alzette, um sie über die Beschlüsse des Vortags im Familienministerium zu informieren.



Tucquegnieux
en Meurthe et Moselle (F)

- ◆ Der Grüne Europa-Abgeordnete Claude Turmes befasst die EU-Kommission mit dem Fall Kralowetz.
- ◆ Auf einer Pressekonferenz nimmt der OGB♦L Stellung zu verschiedenen Aussagen von Transportminister Henri Grethen. Der OGB♦L-Vorsitzende John Castegnaro unterstreicht erneut, dass die Macheschaften des Karl Kralowetz seit langem bekannt waren.

Freitag, 1. Februar

- ◆ Die in Luxemburg Gestrandeten werden um 22.00 Uhr vom Findel aus in ihre Heimatländer zurückgeflogen. Zwei Maschinen stehen bereit und steuern die Zielflughäfen Sofia in Bulgarien und Bratislava in der Slowakei an.
- ◆ Vor ihrem Abflug reichen fast 90 Fahrer, auf Anraten des OGB♦L, Klage gegen ihren Chef bei der Polizei ein.
- ◆ Im Anschluss an den Ministerrat bescheinigt Staatsminister Jean-Claude Juncker, in Luxemburg seien keine Fehler begangen worden und Transportminister Henri Grethen habe die Angelegenheit sauber geregelt.

Montag, 4. Februar

- ◆ Auf Initiative des EP-Abgeordneten Claude Turmes sieht sich die EU-Kommission gezwungen, Stellung zum Kralowetz-Skandal zu nehmen.

Dienstag, 5. Februar

- ◆ Wegen geschuldeter TVA-Abgaben in Höhe von über 720.000 a werden die, auf dem Park & Ride Gelände auf Howald abgestellten Lkws, beschlagnahmt.

Donnerstag, 7. Februar

- ◆ Das Dossier Kralowetz ist Gegenstand der Diskussionen in der parlamentarischen Transportkommission. Die Grünen legen ein Gerichtsurteil vor, aus welchem hervorgeht, dass die Firma Kralowetz im Mai 2002 rechtskräftig verurteilt wurde.
- ◆ Das Europaparlament nimmt eine Entschließung zum Kralowetz-Skandal an.
- ◆ Der Wagen von Karl Kralowetz wird auf einem französischen Flughafen aufgefunden. Im Wagen befinden sich eine größere Menge Bargeld sowie zahlreiche brisante Unterlagen. Die Justiz geht davon aus, dass Karl Kralowetz sich habe absetzen wollen.

Freitag, 8. Februar

- ◆ Die beiden Kralowetz-Unternehmen Soteco und UCL werden vom Handelsgericht Luxemburg in Konkurs gesetzt.
- ◆ Der OGB♦L veröffentlicht einen Brief eines österreichischen Abgeordneten vom 7.12.2000 aus welchem zu schließen ist, dass auch Arbeitsminister François Biltgen genauestens über die Praktiken eines Kralowetz und anderer Firmen Bescheid wusste.

Samstag, der 9. Februar

- ◆ Im „Luxemburger Wort“ versucht der neu gewählte Vorsitzende der Arbeitgeber-Föderation, Jean Moes, den Fall Kralowetz herunterzuspielen und meint, es

gäbe andere Fälle, die „schlimmer seien als Kralowetz“.

Montag, 11. Februar

- ◆ Kontrollbeamte durchsuchen die Büros der Bettemburger Transportfirma Transdanubia. Auch die Staatsanwaltschaft im bayerischen Traunstein (BRD) ermittelt gegen die Transdanubia, der illegale Beschäftigung von Drittland-Fahrern vorgeworfen wird. Bahnt sich ein Fall „Kralowetz bis“ an?

Mittwoch, 13. Februar

- ◆ Gelegentlich einer Sitzung des Sozialdialogs „Straßentransport“ in Brüssel wird, auf Initiative des OGB♦L, auch über den Fall Kralowetz gesprochen. Ein Sprecher der Europäischen Kommission bezeichnet den Skandal als „peinliche Angelegenheit für Luxemburg“ und weist darauf hin, dass Luxemburg die Richtlinie betreffend die Zulassung zum Beruf des Transporteurs aus dem Jahre 1996 immer noch nicht umgesetzt habe.

Donnerstag, 14. Februar

- ◆ Rainer Kralowetz, der Bruder des in Luxemburg inhaftierten Karl Kralowetz, gibt der Wochenzeitung „Le Jeudi“ ein Interview. Rainer Kralowetz ist sich keiner Schuld bewusst und versteht die ganze Aufregung um seinen Bruder nicht.

Freitag, 15. Februar

- ◆ Die Handelskonföderation meldet sich zu Wort und meint, der Vorfall Kralowetz sollte genutzt werden, um endlich für saubere Verhältnisse im Straßengütertransport zu sorgen.

Dienstag, 19. Februar

- ◆ Ein Brief aus dem Jahr 1993 taucht auf. Der Autor ist der damalige Arbeitsminister Jean-Claude Juncker. Juncker schreibt an Kralowetz und beschwert sich über die unhaltbare Situation. Womit klar ist, dass auch der heutige Staatsminister schon seit Jahren Bescheid wusste.

Donnerstag, 21. Februar

- ◆ Die österreichische Gewerkschaft HTV (Handel, Transport und Verkehr) reist nach Luxemburg und berät mit dem OGB♦L über den Kralowetz-Skandal und über andere österreichischen Firmen, die in die Negativ-Schlagzeilen geraten sind. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz signalisieren beide Gewerkschaften, künftig enger zusammen zu arbeiten. Auch wird bei dieser Gelegenheit ein weiteres Urteil gegen Kralowetz aus dem Jahr 1997 vorgelegt.

Dienstag, 26. Februar

- ◆ Eine Delegation des OGB♦L kommt mit der Zollverwaltung zusammen. Hauptthema ist der Vorfall Kralowetz.

Mittwoch, 27. Februar

- ◆ Die Generaldirektion Transport der Europäischen Kommission trifft eine Gewerkschaftsdelegation bestehend aus ETF (Europäische Transportarbeiterföderation), OGB♦L und HTV. Der EU-Kommission werden Unterlagen, die zur Aufklärung im Kralowetz-Skandal führen, unterbreitet.

Gewerkschaftsrechte und Arbeitsrecht

Es besteht Reformbedarf und die Zeit drängt!

Auf seinem Kongress 1999 hat der OGB♦L unterstrichen, dass qualitative Verbesserungen in unserer Kollektivvertragsgesetzgebung, in unserer Mitbestimmungsgesetzgebung und in unserer Gesetzgebung über die Personalvertretungen in den Betrieben unerlässlich sind, um das luxemburgische Sozialmodell, das auf einem umfassenden, aber vielschichtigen Sozialdialog beruht, zu erhalten und an die Erfordernisse, die sich aus der Europäisierung und darüber hinaus der Globalisierung der Wirtschaft ergeben, anzupassen. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht und im Herbst 2001 nochmals auf unserer Militantenkonferenz in Bartringen die Bedeutung dieser Forderungen und Vorschläge unterstrichen.

KV-Reform: die Richtung stimmt

Der Arbeitsminister hat Ende Oktober 2001 seine Vorschläge für eine Reform der Kollektivvertragsgesetzgebung vorgestellt. Im OGB♦L wurden diese Vorschläge von den Syndikatssekretären und -präsidenten diskutiert und auf der Grundlage unserer Kongressbeschlüsse bewertet. Die Schlussfolgerung war klar: die Richtung stimmt, auch wenn der OGB♦L in wichtigen Fragen Änderungsvorschläge macht. Dies haben wir dem Arbeitsminister am 30. Januar 2002 in einer Unterredung mitgeteilt. Die Richtung stimmt, weil die Vorschläge des Arbeitsministers nicht nur die leidige Frage der sektoriellen und der nationalen Repräsentativität auf eine annehmbare Art und Weise lösen könnten und Antworten auf Rechtsunsicherheiten geben, sondern weil sie neue Verhandlungsmöglichkeiten und -ebenen schaffen und darauf abzielen, das nationale Schlichtungsamt funktionsfähiger zu machen. In Bezug auf die neuen Verhandlungsmöglichkeiten und -ebenen greifen die Vorschläge aber unserer Meinung nach zu kurz, weil sie sich auf die Möglichkeit der Schaffung eines Rahmenvertrages und die vertragliche Umsetzung europäischer Richtlinien, die sich aus Verhandlungen zwischen Arbeitgeberorganisationen und dem Europäischen Gewerkschaftsbund ergeben, beschränken. Wir bleiben der Meinung, dass es Sinn machen würde, die Möglichkeit von sektorübergreifenden, auf präzise Themen beschränkten Abkommen zwischen den national-repräsentativen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zu schaffen, auch wenn kein europäischer Anlass vorliegt. In

Bezug auf das nationale Schlichtungsamt beanstandet der OGB♦L die Benachteiligung der permanenten Mitgliedern gegenüber dem Präsidenten.

Der OGB♦L begrüßt den Willen des Arbeitsministers, dafür Sorge zu tragen, dass kein Vertrag von einer minoritären Gewerkschaft allein unterschrieben werden kann und auf diese Weise rechtskräftig wird. Es muss daran erinnert werden, dass der LCGB dies mehrmals getan hat und, dass dieses undemokratische Vorgehen die Verschlechterung des Kollektivvertrages im Banksektor einleitete und ermöglichte. Der Vorschlag des Ministers um dieses Problem zu lösen, ist aber so nicht annehmbar, weil er mehr Probleme schafft als löst.

Polemik und Drohungen statt konstruktiver Auseinandersetzung

Mit Pathos und gekonnt gespielter Entrüstung haben die ALEBA und ihre Satellitenorganisationen UEP und SNEPR auf die Vorschläge des Arbeitsministers reagiert, dies obwohl die Vorschläge über die sektorielle Repräsentativität geradezu maßgeschneidert für die ALEBA sind. Nur, die ALEBA will höher hinaus und hat erkannt, dass sie die vorgeschlagenen Kriterien für die nationale Repräsentativität nicht erfüllt. Für den Fall, dass sie von ihren liberalen Freunden in der Regierung nicht genügend unterstützt würde, hat sie angekündigt gegebenenfalls eine politische Partei zu gründen. Gewerkschaftliche Aktionen hat sie bezeichnenderweise keine angekündigt, konkrete, konstruktive Vorschläge für die Kollektivvertragsreform sind bislang auch keine bekannt.

Heftig reagiert hat auch die CGFP, obwohl das Kollektivvertragsgesetz sie nicht betrifft und die Repräsentativität der CGFP bei den öffentlichen Beamten von niemandem angezweifelt wird. Aber vielleicht wird hier befürchtet, dass es jemand in den Sinn kommen könnte, die exorbitanten Privilegien dieser Gewerkschaft zu diskutieren oder aber, dass die Kriterien der sektoriellen Repräsentativität auch einmal bei den Beamten des öffentlichen Dienstes angewandt würden.

Die medienwirksam vorgebrachten Stellungnahmen erwecken den Eindruck, es ginge bei dieser Reform bloß um die Definition der nationalen Repräsentativität, die sektorielle scheint ja kein Thema mehr zu sein. Die Bedeutung dieser Gesetzgebung für die Arbeiter und Angestellten dieses Lan-

Jean-Claude Reding
Generalsekretär



des, die Bedeutung dieser Gesetzgebung für die Entwicklung der sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt werden dadurch in der Öffentlichkeit zweitrangig. Dem gilt es entgegenzuwirken. Mit über 50% der Stimmen in der Arbeiterkammer, mit über 30% der Stimmen in der Privatbeamtenkammer, mit einer Präsenz in allen Wirtschaftszweigen ist der OGB♦L die größte Gewerkschaft Luxemburgs sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Privatbeamten. Als einzige Gewerkschaft hat deshalb der OGB♦L keine Probleme mit der Definition der nationalen Repräsentivität. Dem OGB♦L geht es vorrangig darum das Kollektivvertragsgesetz so zu reformieren, dass es in einem veränderten wirtschaftlichen und sozialen Umfeld eine Weiterführung und eine Weiterentwicklung der bewährten Kollektivvertragspraxis ermöglicht. In dem Sinne werden wir die Diskussion führen und wir erwarten die gleiche Haltung seitens der Politik. Es scheint uns auch wichtig, dass diese Reform zügig voran kommt und nicht zum Wahlkampfthema der anstehenden Sozialwahlen verkommt.

Reform der Gesetzgebung über die Personalvertretungen: die Zeit drängt!

Eigentlich müsste es einleuchten, dass unsere Gesetzgebung, die aus den siebziger Jahren stammt, überarbeitet werden muss. Die Vorschläge des OGB♦L liegen seit unserem letzten Kongress vor. Zeit für Vorarbeiten, wie das Studium der Jurisprudenz und der Beschwerden, die von der Gewerbeinspektion behandelt werden oder auch die Analyse der gewerkschaftlichen Vorschläge und Kritiken, ist nun genug verstrichen. Jetzt heißt es handeln! Sinnvoll wäre es, wenn eine Reform noch vor den nächsten Sozialwahlen durchgeführt würde. Im Gegensatz zum Kollektivvertragsgesetz geht es ja in diesem Bereich nicht um eine grundsätzliche Reform, sondern um eine Anpassung, um punktuelle Verbesserungen besonders in Bezug auf die Mittel, die den Personaldelegierten zur Verfügung stehen, um ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Rechte wahrnehmen zu können, sowie in Bezug auf ihren Schutz gegen direkte und indirekte Sanktionen und Diskriminierungen.

Und weiter, wie steht es mit ...

... der Kodifizierung des Arbeitsrechts?

Ein übersichtlicher, klar strukturierter "Code du travail" wäre ein wichtiges Instrument für die Arbeitnehmer wie für die Arbeitgeber, würde helfen Unklarheiten zu beseitigen, Versäumnisse und Fehler, die sich aus der Vielzahl von verstreuten, nicht koordinierten Texten ergeben, zu vermeiden. Und dann, es ist ja keine weltbewegende, grundsätzliche Reform unseres Arbeitsrechts verlangt. Warum kommt die Kodifizierung dann nicht voran? Oder bewegt sich doch vielleicht etwas, unbemerkt von der interessierten Öffentlichkeit?

... der Bewertung des PAN-Gesetzes von 1999, das 2003 überholt werden muss?

Für Einzelaspekte, wie den Elternurlaub wurden Bewertungsstudien, in Abstimmung mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen, in Auftrag gegeben.

Aber wie steht es mit andern Aspekten wie z. B. der Flexibilisierung der Arbeitszeit, welche Kriterien sollen hier für die Bewertung angewandt werden?

Der OGB♦L hat 1999 eigene Bewertungskriterien aufgestellt. Ausgehend von diesen Kriterien und angesichts der negativen Haltung der Arbeitgeber in Bezug auf eine verhandelte Arbeitszeitverkürzung haben wir die Forderung nach einem Rahmengesetz zur Einführung der 35-Stundenwoche bis 2003 gestellt und die gesetzliche Einführung der 6. Urlaubswoche gefordert. Unsere Forderungen bleiben aktuell!

Au printemps 2000 les élèves de tous les pays de l'OECD âgés de 15 ans ont été évalués par une étude de grande envergure destinée à déterminer leurs compétences dans les domaines de la lecture, des mathématiques et des sciences naturelles. Les résultats de cette étude PISA (Programme for International Student Assessment) sont tombés au tout début de cette année 2002 et ils ont évidemment eu un retentissement énorme au vu du niveau extrêmement faible des performances des élèves luxembourgeois. Alors que le Luxembourg était souvent cité comme modèle en ce qui concerne l'apprentissage des langues étrangères et que nous nous targuions des bons résultats de nos étudiants dans les universités à l'étranger, l'étude PISA pouvait en effet avoir l'effet d'une bombe.

Après PISA

Quelles conditions pour un nouveau départ ?

Mais était-ce vraiment une telle révélation ?

Les enseignants n'ont-ils pas fait état, depuis un certain temps déjà, d'un malaise parfois diffus, parfois clairement articulé autour de revendications concrètes. Souvent ces interventions, notamment celles des syndicats ont été disqualifiées sous le prétexte qu'il s'agissait là d'un lamento perpétuel destiné à revendiquer des moyens supplémentaires, voire des traitements plus élevés pour les enseignants. Si tel avait été le cas, pourquoi n'aurions-nous pas fait état de nos bons résultats et de nos mérites ? Il est bien plus aisé et plus agréable pour des syndicalistes de vanter les succès obtenus pour revendiquer une meilleure reconnaissance de ceux-ci. Non, si nous faisons état d'une détérioration de la situation, c'est bien parce qu'il n'y avait pas beaucoup de succès à noter et qu'il devenait de plus en plus difficile de rencontrer encore des enseignants vraiment optimistes.

Le SEW/OGB♦L a souligné à maintes reprises le caractère néfaste d'une situation qui risquait de venir à bout des enseignants les plus motivés.

Au cours des dernières années, le SEW/OGB♦L n'a cessé de réclamer une politique d'éducation et de formation offensive non seulement pour panser les plaies, mais aussi pour aller de l'avant. En 1998, l'OGB♦L dans son ensemble avait intégré ces revendications dans son mémorandum " Investir dans une politique d'éducation et de formation offensive " en disant que l'école ne peut résoudre à elle seule tous les problèmes de société, mais

qu'elle peut et doit mieux faire. Un des problèmes les plus discutés y était l'égalité des chances qu'il fallait assurer à tout prix et notamment à travers un refus de la ségrégation, qui commence souvent dès le primaire à travers la ghettoïsation de certaines écoles de quartier pour sévir de plus belle dans le postprimaire, où les élèves les moins performants sont relégués dans des infrastructures défectueuses et sont de plus en plus souvent confrontés à des enseignants non qualifiés. L'OGB♦L revendiquait au contraire une politique visant à compenser les difficultés dues aux handicaps physiques, à l'origine sociale ou culturelle. Il exigeait une école publique performante capable d'insister sur les requis de base tout en se fixant des objectifs ambitieux. Pour atteindre cela, il exigeait entre autres une réforme des formations initiale et continue des enseignants, le développement de la recherche pédagogique, l'organisation d'activités péri- et parascolaires, la mise en place de structures garantissant la participation démocratique de tous les acteurs de l'école, ainsi qu'une approche méthodologique complexe dans l'apprentissage des langues.

Lors de la campagne mondiale pour l'éducation en avril 2000, le SEW/OGB♦L avait stigmatisé l'éducation publique au Luxembourg en mettant en évidence :

- un échec scolaire important
- des scores inférieurs aux moyennes européennes concernant le taux de scolarisation après 16 ans, le taux des personnes ayant terminé des études secondaires,

- le taux des personnes ayant accompli des études supérieures
- une énorme pénurie en personnel enseignant
- des infrastructures défectueuses
- une croissance du budget de l'Education Nationale inférieure à la croissance globale du budget ordinaire
- l'augmentation des subsides aux écoles privées

Ces responsables politiques qui se sont obstinés à faire la sourde oreille à toutes nos revendications des dernières années, se laisseront-ils enfin convaincre par les résultats de l'étude PISA ? Et si oui, quelles seront les conclusions qu'ils en tireront ?

Continueront-ils à affirmer que nous avons un des systèmes d'éducation les plus chers au monde, alors que cela ne s'avère exact qu'au niveau des chiffres absolus dus au niveau moyen des salaires au Luxembourg, et que les dépenses publiques pour l'enseignement ne s'élevaient en 1995 au Luxembourg qu'à 4,1% du PIB, contre 8,3% pour la Finlande ?

Continueront-ils à appliquer une politique restrictive, fidèle à la devise que notre premier ministre avait forgé en 1994 : " Il n'est pas admissible qu'au cours des prochaines années, un tiers des diplômés du bac s'orientent vers l'enseignement " ?

Continueront-ils à vouloir se passer de structures de cogestion efficaces qui permettraient enfin une participation

démocratique de tous les acteurs scolaires, selon la formule, nous prôtons le dialogue, nous permettons à chacun de s'exprimer comme il l'entend, de préférence sous forme de messages électroniques directement adressés au ministère, pour prendre tranquillement nos décisions par la suite ?

Ou

Reconnaîtront-ils enfin que le cadre personnel et matériel de notre école publique est mal au point et qu'il faudra y consacrer au courant des cinq années à venir un effort d'investissement exceptionnel ?

Reconnaîtront-ils enfin que l'égalité des chances ne pourra être atteinte avec un horaire scolaire de plus en plus restreint face à des exigences accrues, sans une offre gratuite d'activités péri- et parascolaires permettant de compenser les difficultés liées à l'origine sociale ou culturelle ?

Reconnaîtront-ils enfin qu'il faudra miser sur le savoir-faire, les capacités d'analyse et la force de proposition des enseignants en leur donnant des compétences accrues à travers une réforme des formations initiale et continue, mais aussi à travers une participation démocratique clairement structurée ?

L'actuelle Ministre de l'Éducation Nationale semble assez désemparée et par ailleurs mal outillée pour faire face à la situation.

Elle ne semble guère bénéficier de l'autorité nécessaire dans le Gouvernement pour compenser les carences financières du passé. Mais surtout - et ceci nous paraît plus grave - son pragmatisme flanqué des vertus du scoutisme lui font méconnaître la complexité de nos systèmes d'éducation modernes. Il ne suffit pas d'en appeler à la bonne volonté des enseignants quand ceux-ci commencent à douter sérieusement de l'efficacité de leurs efforts.

La réforme des programmes et des méthodes d'enseignement ne se fait pas par des " y a qu'à ".

Il ne s'agit pas de diaboliser le cours magistral comme tel en l'opposant à un apprentissage sur projets souvent mal défini. Il est vrai d'abord que la méthode d'enseignement devrait varier en fonction du contenu enseigné. Intégrer de nouvelles connaissances, construire des compétences tout en développant un esprit critique sont des processus complexes que les élèves n'organisent pas tous selon le même schéma. Certains élèves sont plus motivés en suivant un cours magistral que lors d'une exploration du terrain. Il faut donc regarder comment l'une ou l'autre méthode est réalisée et surtout comment elle s'articule avec d'autres méthodes dans la progression vers les objectifs fixés par le plan d'études.

Pour enseigner il faut une maîtrise, non seulement dans les matières qu'on enseigne, mais aussi dans la façon de les faire découvrir.

Nous sommes tous d'accord pour dire que la construction des savoirs et l'acquisition des compétences ne peuvent se faire uniquement à travers un enseignement direct, mais qu'il faut des activités qui demandent à l'élève de travailler individuellement ou en équipe à la recherche d'une solution ou à la construction d'un projet. Or, pour que les enseignants utilisent avec profit des méthodes actives, il faut, pousser la formation initiale et continue des instituteurs et des professeurs dans cette direction, développer le matériel didactique qui facilite leur application et adapter l'évaluation.

Il ne suffit pas de lancer quelques mots clés comme tutorat, team-teaching, ou pédagogie par projets en demandant aux enseignants de se lancer dans des expérimentations. Ceci a déjà été fait à d'autres occasions, mais toutes ces expérimentations ne sont jamais sorties du stade du projet pilote, elles n'ont jamais fait leur entrée dans la réalité quotidienne de nos classes. D'aucuns évoquent comme explication l'immobilisme du corps enseignant qui préférerait s'accrocher aux vieilles habitudes envers et contre tout. Or nous pensons que la plupart des enseignants sont tout à fait prêts à adopter de nouvelles méthodes, si on

Éducation

leur démontre leur efficacité et si leur mise en œuvre s'inscrit dans un processus de réforme cohérent. Ceci demande un engagement déterminé de la part du ministère de l'éducation nationale, des investissements dans la recherche pédagogique, dans l'élaboration de matériel didactique et dans la formation continue. Mais aussi et surtout la responsabilisation des enseignants à travers la création de structures de participation démocratiques.

Monique Adam



PATIENTE VERTRIEDUNG asbl

Tous les patients ont droit à la même qualité de soins

Déconventionnement total ou partiel ?

D'après l'AMMD, un déconventionnement apporterait une meilleure qualité des soins et une amélioration des services, mais en quoi ? Quels sont les arguments concrets, quels sont les modèles de réussite à l'étranger du déconventionnement ? Quels sont les avantages pour le patient, pour tout patient, car tous les patients ont droit à la même qualité des soins et tout patient doit avoir accès aux soins préventifs, curatifs et palliatifs que requiert son état de santé, conformes aux données acquises par la science et à la déontologie.

Nous constatons que les modèles étrangers comme par exemple la Grande-Bretagne, l'Espagne ou le Portugal ont abouti à une médecine à 2 vitesses (Zweiklassenmedizin) avec comme conséquence, pour ceux ne pouvant pas payer un médecin de leur propre poche,

des attentes longues de plusieurs mois sinon même d'une année pour avoir accès à des soins nécessaires.

Au Luxembourg, la libre tarification existant en matière de prothèses dentaires par exemple ne permet plus, déjà à ce jour, à certains patients de faire face à leurs besoins. Il est vrai que la réforme de la nomenclature des médecins-dentistes est envisagée par l'UCM. Elle est nécessaire et faisable sans pour autant devoir aboutir à un déconventionnement.

Concernant la fuite à l'étranger tant invoquée par les médecins, nous pouvons constater que :

- ◆ les patients qui se rendent à l'étranger s'y rendent majoritairement et surtout pour des traitements ou interventions non effectués au Luxembourg,
- ◆ que dans la plupart des cas il y a une autorisation préalable du contrôle médical,

- ◆ que ces actes sont donc pris en charge par l'assurance-maladie.

Une minorité de personnes part à l'étranger pour des soins de même qualité également offerts au Luxembourg.

D'autre part, le déconventionnement entraînera des attentes encore plus longues et aboutira à une réelle catastrophe dans les domaines où la pénurie de médecins se ressent déjà actuellement. A titre d'exemple nous citerons le service de garde des médecins généralistes et les urgences pédiatriques. Il est intolérable qu'à l'heure actuelle des attentes très longues, par exemple de 4 heures dans la Clinique pédiatrique, soient acceptées ou qu'un médecin généraliste de garde ne réponde pas au téléphone.

Le conventionnement obligatoire ne doit pas être dénoncé ni totalement ni partiellement, mais il y a un besoin urgent :

- ◆ de réformer la convention réglant les conditions de travail et la nomenclature des tarifs, librement négociée entre l'UCM et les fournisseurs de soins,
- ◆ de réadapter la nomenclature à la lumière des acquis de la science
- ◆ d'adapter les tarifs des actes en fonction de la situation réelle économique et sociale, notamment le tarif des consultations pour le médecin, mais également les tarifs remboursés au patient. (p. ex. prothèses dentaires).

Finalement, un déconventionnement aboutira à un ébranlement total du système de santé et du système de sécurité sociale basé sur le principe de la solidarité nationale, système qui ne pourra plus fonctionner, car l'égalité devant l'accès aux soins des patients n'est plus garantie. Les compagnies d'assurances se feront un plaisir d'investir ce marché.



Handel

Kollektivvertragsverhandlungen bei Monopol S.A.

Die schlechte Kinderstube des Herrn Patrick Zanier (LCGB)

Dass die Gewerkschaftsarbeit des Herrn Zanier vom LCGB sich hauptsächlich mit dem OGB♦L befasst, statt sich auf die Interessen der Beschäftigten im Handel zu konzentrieren, ist seit längerem bekannt. Er hat die gezielte Verunsicherung und Aufwiegelung der Beschäftigten gegen den OGB♦L zum Gegenstand seines Geschäfts gemacht.

Zielscheibe sind dabei logischerweise alle Betriebe, in denen der LCGB keine oder bestenfalls eine minoritäre Verantwortung hat. Mit Hetztiraden, Unwahrheiten, boshaften Unterstellungen, Realitätsverlusten und fehlender Objektivität kommt es in regelmäßigen Abständen zum großen populistischen und demagogischen Auftischen. Für den, der keine Verantwortung hat, zählen die Scherben eben nicht!

Die schwierigen Kollektivvertragsverhandlungen bei Monopol S.A. nimmt der minoritäre LCGB zum Anlass, um einen betriebsinternen Gewerkschaftskrieg auszulösen und nimmt bewusst die Schwächung des

Personals gegenüber den Patronatsforderungen in Kauf. In seinem im LCGB-Blatt "Soziale Fortschritt" veröffentlichten Artikel "OGB♦L Quo Vadis?" versteigt sich der LCGB erneut in eine Anhäufung von falschen Aussagen bis hin zu inakzeptablen, böswilligen Bezeichnungen an die Adresse des OGB♦L.

Auf Herrn Zaniers destruktive Schmierereien wie "Hinterhältige Nacht- und Nebelaktion", "Schandvertrag", "Ausser Spesen nichts gewesen", "Forderung des Arbeitgebers zur Einführung einer jährlichen Referenzperiode still und heimlich geschluckt", "Scheinargument, hier müsse man Arbeitsplätze sichern", "skandalöser Kollektivvertrag", "Der LCGB wird seine Mitglieder nicht für 30 Silberlinge verraten" usw... drängt sich folgende Gegendarstellung auf:

1. Der OGB♦L hat weder eine jährliche Referenzperiode, noch eine gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtete Flexibilisierung der Arbeitszeiten in den Monopolgeschäften kollektivvertraglich eingeführt oder solcher seine Zustimmung gegeben.
2. Der federführende OGB♦L steht in sehr schwierigen Verhandlungen für die Beschäftigten der wirtschaftlich kränkelnden Monopolbetriebe. Zur Erinnerung: die Forderungen des Patronats zielen auf die Einführung einer jährlichen Referenzperiode, auf eine Flexibilisierung der Teilzeitarbeit und auf einen niedrigen Lohnabschluss.
3. Der OGB♦L hat Ende Januar der Direktion der Monopol S.A. mitgeteilt, dass er nicht nur die flexibilisierte Teilzeitarbeit ablehnt, sondern ebenfalls nicht bereit ist, eine gegen die Zeitinteressen des Personals gerichtete Organisation der Arbeitszeiten zu verhandeln. Dies schließt die Diskussion über ein neues Arbeitszeitmodell nicht aus, das sowohl die Betriebsinteressen der Monopol S.A. als auch die Arbeitnehmerinteressen harmonisiert.
4. Im Gegensatz zum LCGB nimmt der OGB♦L die Notwendigkeit der Absicherung der Arbeitsplätze sehr ernst und drängt auf die Einführung einer Beschäftigungsgarantie für alle Beschäftigten.
5. Was die Entwicklung der Löhne anbelangt, sind für den OGB♦L die Diskussionen ebenfalls nicht abgeschlossen. Auch hier gilt es im Rahmen einer Gesamtlösung den Ausgleich zwischen den legitimen Lohnforderungen des Personals und den Wirtschaftlichkeitsgrenzen sachgerecht auszuloten.
6. Der OGB♦L wird in diesem Verhandlungsrahmen nichts unversucht lassen, um mit der Monopol S.A. einen für alle Seiten annehmbaren Vertragsabschluss zu erreichen. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 21. Februar stattfinden.
7. Sollte es auf dem Verhandlungstisch nicht zu den angestrebten Resultaten kommen, wird der OGB♦L den Beschäftigten der Monopol S.A. das Einleiten der Schlichtungsprozedur und die gewerkschaftliche Mobilisierung vorschlagen.

Entreprises

Der LCGB kann sich anstrengen wie er will, es wird ihm nicht durch seine wiederholten Hetztiraden gegen den

OGB♦L gelingen, von seinen mangelhaften Verhandlungsergebnissen in Sachen Sozialpläne oder Kollektivverträge im Handel abzulenken.

Der OGB♦L hat nichts mit der populistischen medienbezogenen Vorgehensweise des LCGB am Hut, die bis heute wenig Konkretes und Positives für die Beschäftigten im Handel bewegt hat.

Im Gegensatz zum LCGB, wird der OGB♦L die Forderungen der Beschäftigten im Handel für gerechtere Löhne und für eine positive Gestaltung der Arbeitszeiten mit Sachverstand und Bodenständigkeit vorantreiben. Der OGB♦L wird keine Politik der hochgetriebenen Erwartungshaltungen und der spanischen Luftschlösser inszenieren. Eine solche Schuld und Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Personal kommt für uns nicht in Frage.

Der OGB♦L verlangt vom LCGB, dass er unverzüglich von seinem Gewerkschaftskrieg im Handel absieht. Dies ist mit den Interessen und den Forderungen der Beschäftigten unverträglich.

Der OGB♦L bittet aber die Beschäftigten um Verständnis dafür, dass er sich nicht auf diese Art und Weise auf die Füße treten lässt. Den demagogischen und populistischen Methoden muss im Interesse der Sache Paroli geboten werden. Daran kommen wir leider nicht vorbei.

"Der LCGB wird seine Mitglieder nicht für 30 Silberlinge verraten." (Zitat Zanier). Wer den OGB♦L in den Dunstkreis der Bestechlichkeit rückt, hat nicht mehr alle Tassen im Schrank. Herr Zanier sollte sich darauf einstellen, dass es beim OGB♦L niemanden mehr gibt, der ihn als zu res-

pektierende Person anerkennt, mit der man konstruktiv zusammenarbeiten kann. Die Narrenfreiheit kennt ihre bekannten Grenzen!

Syndikat Handel

Circuit Foil à Wiltz Assurer l'avenir de la Circuit Foil et de ses salariés

En date du 23 janvier 2002, une délégation de l'OGB♦L menée par son président John Castegnaro et composée de MM. Jean-Luc Frast, secrétaire central, Frank Arndt, secrétaire régional et de membres de la délégation ouvrière de l'OGB♦L a rencontré la direction de Circuit Foil, représentée par MM. André Laux et Claude Asselborn.

Au cours de cette entrevue ont notamment été évoqués les problèmes conjoncturels actuels de la Circuit Foil et l'avenir de ses salariés. La direction, qui depuis le début du ralentissement économique a toujours joué la carte de la transparence en soignant le dialogue avec les représentants du personnel, a de nouveau souligné sa volonté et sa motivation de surmonter les problèmes existants afin d'assurer l'avenir des sites de la Circuit Foil et de tous ses salariés.

Aux fins de prolonger le cas échéant, les mesures de préretraite et de chômage partiel ayant fait leurs preuves et expirant à la fin juin 2002, l'OGB♦L s'est préventivement adressé aux Ministres du Travail et de l'Economie. Dans le contexte actuel, les deux délégations ont également salué la décision de la Tripartite sidérurgique qui admet en son sein des discussions relatives aux entreprises périphériques de l'ARBED (dont la Circuit Foil), si des problèmes d'envergure se posaient.

A l'issue de la réunion, les deux délégations ont convenu de poursuivre leur collaboration et de tout mettre en oeuvre pour garantir la continuation des activités sur ces sites traditionnels du nord du pays.



TEXTILCORD S.A. La convention collective de travail des ouvriers enfin signée

En avril 2001 les négociations pour le renouvellement des conventions collectives de travail des ouvriers et des employés débutèrent.

Il s'avérait très vite que la direction de l'entreprise n'envisageait nullement d'accorder des augmentations durables significatives des salaires horaires et des traitements. Par contre une prime unique fut proposée, tant au personnel ouvrier qu'au personnel employé.

Les syndicats contractants refusèrent une telle proposition. Néanmoins la direction maintenait sa position.

Par conséquent la commission syndicale de négociation consultait les ouvriers et les employés de l'entreprise.

Tandis que le personnel employé acceptait la prime unique proposée et une augmentation modeste des traitements, les ouvriers refusèrent le résultat à 80%. Le LCGB, syndicat majoritaire au sein des employés informa la direction de l'acceptation de leurs propositions et la convention des employés (qui prévoit une durée de 12 mois et des augmentations des traitements de 520 LUF par mois ainsi qu'une prime unique) fut signée.

L'OGB♦L, majoritaire chez les ouvriers, avait informé de son côté l'employeur du refus du personnel ouvrier et, après une dernière réunion avec l'employeur, hélas sans résultat, saisissait l'office national de conciliation du litige.

Deux semaines avant la date de la conciliation, les syndicats contractants organisèrent une série de réunions d'information qui furent très bien visitées.

Or, la direction maintenait son refus d'accorder des augmentations durables même pendant la réunion de conciliation et il ne restait plus que la signature d'un protocole de non-conciliation qui aurait dû se faire une semaine après la réunion à la conciliation.

Trois jours avant cette date fatidique une dernière réunion eut lieu entre tous les acteurs et finalement un accord a pu être trouvé.

La convention des ouvriers aura une durée de 18 mois. Pendant ce temps, les salaires horaires seront augmentés de 9 LUF par heure et une prime unique de sera payée.

Une fois de plus la solidarité au sein du personnel ouvrier l'a emporté et une bonne convention collective de travail a pu être réalisée.

RUBBERMAID S.A Enfin une convention pour le personnel ouvrier

Après une très longue et difficile négociation, l'OGB♦L vient de conclure la première convention collective de travail pour les ouvriers. Cette convention a une durée de 12 mois et prévoit, entre autres, l'introduction d'une nouvelle grille de salaires qui reprend des plans de carrière échelonnés sur 6 ans.

Les trois nouveaux groupes salariaux, dont deux sont d'application pour le personnel de production et un pour le personnel de maintenance, prévoient des augmentations automatiques liées à l'ancienneté. La valeur totale de la nouvelle

grille représente une augmentation de la masse salariale de 2 %. Pour compenser, au moins en partie la longue durée de négociation, une prime unique de 300 a sera versée à tout le personnel avec la paie de février. En outre le droit à une pause payée de 30 minutes pour le personnel posté, travaillant en continu ou en discontinu, est ancré dans la convention.

Parmi d'autres éléments dans la convention, il convient de souligner que le texte inclut un long article très explicite sur l'égalité des chances à tous les niveaux entre hommes et femmes dans l'entreprise.

L'OGB♦L avait organisé un vote secret dans l'entreprise pour consulter le personnel concerné, vote lors duquel presque 90 % des collègues se sont prononcés pour l'acceptation du résultat de négociation.

DUPONT bleibt in den Schlagzeilen

Erst eine Petitionsliste und massive Proteste der Vertragsgewerkschaften und der Arbeitnehmervertreter im Betrieb machten die Weiterführung respektive Einführung der "Préretraite solidarité" möglich.

Doch kaum hatten sich die Gemüter beruhigt, macht der Conterner Betriebschon wieder Schlagzeilen.

Man erinnert sich. Vor etwa einem Jahr teilte die Firma DUPONT den Standort Contern in zwei formal unabhängige, in Wirklichkeit aber eng zusammenarbeitende Betriebe, auf. Seit diesem Datum arbeitet etwa die Hälfte des Personals weiter beim Mutterkonzern, während die andere Hälfte neuerdings bei Dupont Teijin Films beschäftigt ist.

Soweit so gut.

Nun feiert aber der Konzern heuer sein 200-jähriges Bestehen. Ein freudiges Ereignis möchte man meinen, das mit entsprechendem Pomp begangen werden wird.

Außerdem will man den lieben Mitarbeitern eine Freude machen und ihnen ein fettes Aktienpaket zukommen lassen.

So weit so gut.

Doch die Sache hat einen Haken. Die Kollegen der neugegründeten DUPONT TEIJIN FILMS sollen leer ausgehen. Immerhin gehören sie nicht mehr zum Mutterkonzern, dies seit fast einem Jahr.

Vergessen sind all die Jahre der Treue zum Betrieb, vergessen die unmittelbare Nähe, vergessen die vielen Versprechen vor einem Jahr.

Also hagelt es wieder Proteste und der Konzern ist wieder in den Schlagzeilen.

Doch auch diesmal werden sich die Kollegen, die Arbeitnehmervertreter und die Vertragsgewerkschaften bei DUPONT zu wehren wissen. *Affaire à suivre.*

Nico Clement

Banques

Verhandlungen im Bankensektor vorerst gescheitert

Der OGB•L ruft zur Mobilisierung auf

Nach acht Verhandlungsrunden sind die Kollektivvertragsverhandlungen im Bankensektor vorerst gescheitert und vor dem nationalen Schlichtungsamt gelandet. Für die Gewerkschaften kam diese Entwicklung keineswegs überraschend,

denn die unnachgiebige Haltung des Bankenpatronats, das sich stur weigert, die berechtigten Gehaltsforderungen der Beschäftigten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und das nicht weniger hartnäckig an den umstrittenen Leistungskriterien festhält, steuerte zielgenau auf ein Scheitern der Verhandlungen zu.

Dabei sind der Zweckoptimismus und die regelrechte Panikmache, die das Bankenpatronat pünktlich vor dem Start der Gespräche lanciert hatte, keineswegs ernst zu nehmen, da die Ergebnisse des letzten Jahres noch einmal leicht angestiegen sind im Vergleich zum Jahr 2001, das bekanntlich ein regelrechtes Superboomjahr war.

In Anbetracht dieser Tatsache ist das Angebot einer Gehaltsaufbesserung von 1,2 Prozent schon eine regelrechte Frechheit, zumal dann, wenn man weiß, dass darin nur die ohnehin geschuldeten individuellen Anpassungen für Leistung und Betriebszugehörigkeit enthalten sein sollen, von denen nicht alle Beschäftigten profitieren können.

Genauso widersinnig und ungerecht wäre die vom Patronat geforderte Einbeziehung der sogenannten Haushaltsprämie in die Gehälter, weil sie keine reale Aufbesserung bringen würde.

Und als ob das alles nicht schon traurig genug gewesen wäre, raffte sich das Patronat zu einem allerletzten Angebot von sage und schreibe 0,5 Prozent linearer Gehaltserhöhung durch, wofür dann allerdings die Juni-Prämie um glatte 10 Prozent gekürzt werden sollte.

Und das sollte es dann gewesen sein. Keine Bereitschaft, den Forderungskatalog der Gewerkschaften ernsthaft zu diskutieren. Kein Entgegenkommen in so vitalen Fragen wie Leistungsprinzip,

Abbau von Überstunden, Kontrolle der Arbeitszeiten usw.

Dafür dann aber das "großzügige" Angebot, die Arbeitszeit im Bankensektor um vier Stunden jährlich zu reduzieren.

Angesichts dieser regelrechten Verweigerung des Bankenpatronats, ernsthafte Verhandlungen zu führen, blieb den Gewerkschaften in der Tat nur der Weg vor das nationale Schlichtungsamt.

Im Versicherungssektor, wo auch Kollektivvertragsverhandlungen geführt wurden, ist die Lage etwas anders. Dort wurde eine vorläufige Zwischenlösung gefunden in Form eines Vertrags mit einer Laufzeit von einem Jahr, so dass dann nach relativ kurzer Zeit neue Gespräche stattfinden könnten.

Was aber den Stand der Dinge im Bankensektor angeht, so kann man sich vom Schlichtungsamt keine Wunder erwarten.

Das Syndikat Banken und Versicherungen des OGB•L schlägt deshalb zu diesem Zeitpunkt vor, mit der Mobilisierung der Beschäftigten im Bankensektor zu beginnen und gemeinsame Manifestationen aller Gewerkschaften vorzubereiten, um dem Bankenpatronat deutlich zu machen, dass die Beschäftigten entschlossen hinter ihren berechtigten Forderungen stehen.

Armand Drews



PLUS DE DEMOCRATIE DANS LES ENTREPRISES GRACE A UN SYNDICAT FORT ET DES LOIS MODERNES

(adopté par le Comité National de l'OGB•L le 19 février 2002)

Par sa mobilisation des militants en automne 2000, l'OGB•L poursuivant sa lutte dans l'intérêt de tous les travailleurs, avait une fois de plus pris les devants et avait lancé son offensive en faveur d'une redistribution équitable. La position intransigeante du Gouvernement, sa politique de temporisation, son refus du dialogue et son diktat ont déclenché l'opposition de notre syndicat et ont abouti au déclenchement de la procédure de grève générale.

LA CAMPAGNE DE MOBILISATION DE L'OGB•L A ETE UN FRANC SUCCES . . .

... et la grève générale annoncée pour le 9 octobre 2001 a pu être annulée. Les résultats de la campagne sont probants:

- augmentation structurelle des rentes et pensions de 7% en moyenne en 2002
- introduction de la pension pour l'éducation d'un enfant dans le courant de cette année
- amélioration conséquente des pensions d'invalidité avec effet en 2002
- réforme des dispositions relatives à l'octroi du RMG
- annulation au 01.01.02 des participations plus élevées des assurés en matière d'assurance-maladie introduites depuis le 1er janvier 2000
- continuation - en dépit de déclarations contraires - de l'allocation de chauffage
- projets de loi en voie d'instance, notamment ceux relatifs aux conventions collectives et au temps de travail dans le secteur de l'HORECA

pour ne citer que ces quelques exemples. Et pourtant l'OGB•L ne va pas se reposer sur ses lauriers. L'attaque patronale menée en début d'année contre l'indexation automatique des salaires, l'intervention de l'AMMD en faveur du déconventionnement, les débats politiques autour du projet de loi portant réforme des conventions collectives et les résultats catastrophiques de l'étude PISA démontrent qu'il faut agir.

L'OGB•L CONTINUE SA MOBILISATION !

et réitère ses exigences dans les domaines suivants :

- **plus de démocratie dans les entreprises grâce à l'agencement et à l'amélioration des lois syndicales (délégations du personnel et comités mixtes) et de cogestion**
- un filet social optimal dans toutes les circonstances
- le maintien de l'indexation automatique des salaires
- une politique d'éducation et de formation performante
- un débat d'avenir franc et ouvert
- une politique tarifaire continue
- de sérieuses augmentations des salaires et des traitements
- l'introduction légale et la généralisation de la 6e semaine de congé
- l'introduction de la semaine des 35 heures par le biais d'une loi cadre sur le temps de travail pour 2003

et encore:

- l'introduction de l'impôt négatif
- la promotion de l'actionnariat salarié
- une réforme de la politique des allocations familiales et de l'assurance-accidents

Mobilisation
pour
une
redistribution
juste
et
équitable!

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

Pour
l'équité
des
pensions,
maintenant!

MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Un
logement
pour
chacun!

MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Ne
touchons
pas
à
l'indice!

MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Contre
une
médecine
à deux
vitesses!

MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Défendons
nos
acquis
sociaux!

UN FILET SOCIAL OPTIMAL DANS TOUTES LES CIRCONSTANCES

L'intervention récente des médecins en faveur du déconventionnement et les concessions orales faites par le Gouvernement démontrent que les tentatives de démantèlement de notre système de protection sociale persistent.

Tout comme dans le passé, l'OGB•L s'opposera avec véhémence au déconventionnement qui mène à une médecine à deux vitesses et partant à l'injustice sociale du fait qu'il abolit l'accès à titre d'égalité de tous les assurés aux soins de santé.

L'OGB•L s'est investi pour obtenir l'annulation des participations plus élevées des assurés en matière d'assurance-maladie et un engagement réel de l'assurance-maladie en faveur de la médecine préventive. Entre autre, on procédera aussi à l'élaboration d'une nomenclature moderne en ce qui concerne les soins dentaires.

Après une longue et acharnée lutte sur le plan politique en faveur d'une réforme de la pension d'invalidité et de solides augmentations dans le domaine des pensions, l'OGB•L a obtenu de larges concessions. Ainsi en cas d'invalidité tous les assurés bénéficient désormais d'une large protection et dans le domaine des pensions, des augmentations structurelles et ponctuelles ont été concédées et vont entrer en vigueur en mars 2002.

Mais les débats ne sont pas encore clos! Des questions de principe persistent et seront prochainement discutées, grâce à la pression de l'OGB•L, dans des groupes de travail.

MAINTENIR L'INDEXATION AUTOMATIQUE DES SALAIRES

En début d'année la Fédération des Industriels a de nouveau demandé l'abolition de l'indexation automatique sinon du moins sa neutralisation. L'OGB•L a réagi immédiatement en mettant le patronat en garde de ne pas tenter d'abolir l'indexation automatique des salaires ni de réfléchir à une manipulation quelconque.

L'indexation automatique des salaires n'est pas seulement un mécanisme d'adaptation permettant aux travailleurs de maintenir leur pouvoir d'achat et garantissant le niveau de leur salaire, mais aussi une partie intégrante de la politique des revenus au Luxembourg et un instrument pour sauvegarder la paix sociale.

L'OGB•L continuera à s'opposer fermement tant aux tentatives d'abolition qu'à toute autre atteinte portée au système existant.

POUR UNE POLITIQUE D'EDUCATION ET DE FORMATION PERFORMANTE

Bien avant que le sujet ne soit accaparé par les milieux politiques, l'OGB•L revendiquait déjà une politique de formation offensive. Les résultats de l'enquête PISA confirment les critiques émises par l'OGB•L dans sa vaste prise de position adoptée par son comité national le 13 octobre 1998 et dévoilent les énormes lacunes dans ce domaine.

Afin de garantir l'égalité des chances, l'OGB•L revendique une politique d'éducation et de formation optimale qui pourra corriger les différences sociales et culturelles et qui estompera les écarts entre les deux sexes.

Elle se portera finalement garant pour offrir de sérieuses perspectives d'emploi aux générations futures et se répercutera positivement sur le chômage en permettant aux travailleurs de se repérer et de s'imposer plus facilement sur le marché de l'emploi. Les statistiques de l'Administration de l'Emploi révèlent des déficits importants en cette matière. Or, jusqu'à présent on menait une politique de l'autruche et des initiatives concrètes faisaient défaut.

La même remarque vaut pour le dossier des faillites. Même s'il y a urgence constatée en la matière, le Gouvernement tente de minimiser les effets néfastes de leur évolution en présentant des chiffres maquillés. Les carences politiques ont entraîné tant la perte de centaines d'emplois que la perte de milliers d'euros pour les assurances sociales et le fisc.

Contrats collectifs =
saire
correct
et
durée de travail
réduite!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Mobilisation
pour
une
**redistribution
juste**
et
équitable!

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

Pour
l'équité
des
pensions,
maintenant!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Un
logement
pour
chacun!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Ne
touchons
pas
à
l'indice!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Contre
une
médecine
à deux
vitesse!

POUR UN DEBAT D'AVENIR FRANC ET OUVERT

Depuis 1994, l'OGB•L réclame un débat sur l'avenir de notre pays dans le cadre de la Grande Région et de l'élargissement de l'Union Européenne. Suite au congrès de 1999, la mise en place d'un " Comité des Sages " appelé à analyser le développement futur de notre pays avait été demandée. Bien avant que le Gouvernement n'ait déclenché la polémique autour des 700.000 habitants, l'OGB•L avait revendiqué un développement durable orienté vers les besoins de l'homme et de l'écologie. Quoi qu'il en soit, l'OGB•L participera activement à ce débat capital et exigera une énumération de toutes les décisions politiques prises pour permettre le développement durable surtout aussi sur le fond de toile de la spéculation immobilière. A l'heure actuelle, le Luxembourg connaît une pénurie aiguë de logements et l'accès à la propriété est très difficile.

POUR UNE POLITIQUE TARIFAIRE CONTINUE ET DE SERIEUSES AUGMENTATIONS DES SALAIRES ET DES TRAITEMENTS

Les conventions collectives sont équivalentes de protection et de sécurité, elles garantissent l'amélioration continue des conditions de rémunération et de travail. Aujourd'hui plus que jamais, il faut se battre pour elles !

L'OGB•L refuse catégoriquement la modération salariale revendiquée par l'Etat et le patronat et tient à signaler qu'en aucun cas, il n'acceptera le mélange de politique salariale et fiscale. Des réductions fiscales ne doivent pas servir de prétexte pour enrayer la marge de manoeuvre des syndicats lors de négociations tarifaires !

Il est évident que la politique tarifaire ne se résume plus aux négociations salariales, mais qu'elle implique des négociations sur l'organisation et la réduction du temps de travail, la formation continue, l'égalité des chances et des améliorations qualitatives en général. Dans ce contexte, l'accélération de la procédure de réforme de la loi sur les conventions collectives est de mise. L'OGB•L a transmis ces concepts et idées au Ministre du Travail et participera activement à l'élaboration de cette législation essentielle pour les syndicats.

Un syndicat fort et puissant comme l'OGB•L se porte garant de continuité et de sérieux.

AMELIORER LES DROITS SYNDICAUX ET ETENDRE LES DROITS DU PERSONNEL EN MATIERE DE COGESTION

La législation relative à la représentation des travailleurs remonte aux années 70 et ne correspond plus aux nouvelles réalités. Dans le contexte politique actuel, axé prioritairement sur le dialogue social et la négociation des conventions collectives, il s'avère nécessaire d'adapter et de moderniser les lois syndicales et les dispositions légales relatives à la représentation et à la cogestion des travailleurs. Du fait que

- le climat économique, la structure des entreprises, le mode de management sont en constante évolution,
- les sociétés fusionnent, essaient ou se délocalisent,
- les droits, les possibilités et la protection des représentants du personnel n'ont pas été adaptés,

l'OGB•L exige une vaste réforme en profondeur de la législation et des règlements concernant le mode de fonctionnement des délégations du personnel, la cogestion ainsi que l'activité syndicale dans les entreprises :

- pour améliorer les moyens mis à la disposition des délégués élus du personnel en vue d'exécuter leur mission ;
- pour renforcer la protection des représentants du personnel au sein des entreprises ; pour mieux les protéger notamment contre les licenciements et les pressions exercées par le patronat ;
- pour moderniser et préciser les attributions et les pouvoirs conférés aux délégations du personnel.

Défendons
nos
**acquis
sociaux!**
MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L
Contrats collectifs =
**salaire
correct
et
durée de travail
réduite!**
MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L
Mobilisation
pour
une
**redistribution
juste
et
équitable!**
LE SYNDICAT N°1

OGB•L
Pour
**l'équité
des
pensions,
maintenant!**
MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L
Un
**logement
pour
chacun!**
MOBILISATION
POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L
Ne
touchons
pas
à
l'indice!

Contre
une
médecine
à deux
vitesses!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Défendons
nos
acquis
sociaux!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Contrats collectifs =
 salaire
correct
et
durée de travail
réduite!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Mobilisation
pour
une
redistribution
juste
et
équitable!

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

Pour
l'équité
des
pensions,
maintenant!

MOBILISATION

POUR UNE REDISTRIBUTION
JUSTE ET ÉQUITABLE

OGB•L

Un
logement
pour
chacun!

Les délégués élus par le personnel ont droit à une législation moderne leur permettant de représenter et de défendre de manière optimale les intérêts du personnel sans être eux-mêmes dépossédés de toute protection.

La globalisation a aussi pour conséquence d'augmenter le stress, la pression et le mobbing au travail qui ont pourtant des effets néfastes sur la santé et pouvant même entraîner l'invalidité. Ce développement doit être enrayé notamment en plaçant l'homme au centre des préoccupations en faveur de plus de démocratie dans les entreprises. L'OGB•L demande une loi-cadre pour protéger les salariés et punir toute contravention de la part de l'employeur.

Dans cet ordre d'idées, la législation relative à la santé et la sécurité sur le lieu de travail doit également être revue, tout comme l'Inspection du Travail et des Mines devra avoir les moyens qui lui permettront d'assumer pleinement son rôle dans le nouveau monde du travail. Des audits s'imposent pour déceler les insuffisances et pour mettre en place des processus efficaces. Ni des concessions, ni des tours de tables symboliques ne résoudront les problèmes.

LA MOBILISATION CONTINUE !

L'OGB•L

**POUR SUIT SON ENGAGEMENT
EN FAVEUR D'AMÉLIORATIONS
QUALITATIVES DANS TOUS LES
DOMAINES ET D'UNE REDISTRIBUTION
ÉQUITABLE A TOUS LES NIVEAUX !**

**LE SYNDICAT N°1
DE TOUS LES TRAVAILLEURS.**

REJOIGNEZ NOS 51.000 MEMBRES !

tél.: 54 05 45 - 1
e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

60, Bd J.F. Kennedy - L-4002 Esch/Alzette



OGB•L



MEHR DEMOKRATIE IN DEN BETRIEBEN DURCH EINE STARKE GEWERKSCHAFT UND MODERNE GESETZE!

(angenommen vom OGB•L-Nationalvorstand am 19. Februar 2002)

Mit seiner Mobilisierung im Herbst 2000 wurde der OGB•L einmal mehr seiner Rolle als konsequenter Interessenvertreter aller Arbeitnehmer gerecht und startete seine Offensive für eine gerechte Umverteilung. Auslöser hierfür war die Unzufriedenheit gegenüber der Regierung. Die Auflehnung gegen ihre Art Probleme auf die lange Bank zu schieben, gegen das Vorenthalten des Dialogs und das Diktat gipfelte schließlich in der Einleitung der Prozedur eines Generalstreiks.

DIESE MOBILISIERUNGSKAMPAGNE DES OGB•L WAR EIN VOLLER ERFOLG . . .

... und der für den 9. Oktober 2001 anberaumte Generalstreik konnte abgesagt werden. Die Resultate der Kampagne reden eine klare Sprache:

- die Renten und Pensionen werden 2002 strukturell um durchschnittlich 7% erhöht
- die sogenannte Hausfrauenrente wird in diesem Jahr eingeführt
- weitgehende Verbesserungen bei den Invalidenrenten werden durchgesetzt und treten noch 2002 in Kraft
- die Bestimmungen betreffend das Mindesteinkommen werden wesentlich verbessert
- die Verschlechterungen bei den Krankenkassen, die seit dem 1. Januar 2000 galten, sind ab dem 01.01.02 abgeschafft
- der Heizkostenzuschuss wird, entgegen anders lautenden Meldungen, weitergeführt
- wichtige Gesetzesvorlagen sind auf dem Instanzenweg, insbesondere jene über das Kollektivvertragswesen und die Arbeitszeitregelung im HORECA-Bereich

um nur diese Beispiele zu nennen. Dennoch gibt es für den OGB•L keinen Grund, sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen. Die Angriffe des Patronats Anfang dieses Jahres auf die automatische Indexierung der Löhne und Gehälter, die Attacken der Ärzteschaft auf die obligatorische Konventionierung, das politische Gerangel um die Gesetzesvorlage im Kollektivvertragswesen und die katastrophalen Resultate der PISA-Studie zeigen, dass weiterhin akuter Handlungsbedarf besteht.

DER OGB•L SETZT DIE MOBILISIERUNG FORT !

und wiederholt seine Forderungen nach

- **mehr Demokratie in den Betrieben durch den Ausbau und die Verbesserung der Gewerkschafts- und Mitbestimmungsgesetze (Personalausschüsse und gemischte Betriebsräte)**
- einer optimalen sozialen Absicherung in allen Lebenslagen
- der Beibehaltung der automatischen Indexierung der Einkommen
- einer bestmöglichen Bildungs- und Weiterbildungspolitik
- einer offenen Zukunftsdebatte
- einer offensiven, kontinuierlichen Kollektivvertragspolitik
- ernsthaften Lohn- und Gehaltserhöhungen
- der gesetzlichen Verankerung und Verallgemeinerung der 6. Urlaubswoche
- der Einführung der 35-Stundenwoche über ein Arbeitszeitrahmengesetz bis 2003

sowie

- der Einführung einer Negativsteuer
- der Förderung von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
- einer Reform der Kindergeldpolitik und der gewerblichen Unfallversicherung

Mobilisierung
für
eng
gerecht
Umverteilung!

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

Rente-
gerechtigkeit
elo!

MOBILISIERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Eng
Wunneng
für
jiddereen!

MOBILISIERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

D'Fangeren
eweck
vom
Index!

MOBILISIERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Géint
eng
2-Klasse
Medizin!

MOBILISIERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

D'Sozial
Sécherheit
muss erhalte
bleiwen!

FÜR EINE OPTIMALE SOZIALE ABSICHERUNG IN ALLEN LEBENSLAGEN

Die rezenten Vorstöße der Ärzteschaft in Richtung Dekonventionierung und die darauf folgenden verbalen Teilzugeständnisse der Regierung zeigen deutlich, dass immer wieder versucht wird, eine Bresche in die soziale Absicherung der Versicherten zu schlagen.

Der OGB•L hat sich in der Vergangenheit immer wieder vehement gegen eine Dekonventionierung gewehrt und wird dies auch in Zukunft tun, da diese geradewegs in eine Zweiklassenmedizin und damit zu einer weiteren sozialen Ungerechtigkeit führen wird, da sie den gleichberechtigten Zugang aller Versicherten zur medizinischen Versorgung abschafft.

Der OGB•L hat sich massiv dafür eingesetzt, dass die Verschlechterungen bei den Krankenkassen rückgängig gemacht wurden und dass die Krankenversicherung nun massiv in der Präventivmedizin aktiv wird. Des Weiteren wird u.a. im Bereich der Zahnmedizin eine moderne Nomenklatur ausgearbeitet.

Nach jahrelangem Kampf auf politischem Plan für eine neue Regelung der Prozedur zur Anerkennung der Invalidität und für Rentenverbesserungen, hat der OGB•L weitgehende Zugeständnisse erreicht. So fällt bei der Invalidität kein Versicherter mehr aus dem Versicherungsschutz und bei den Rentenleistungen konnten sowohl strukturelle als auch punktuelle Verbesserungen durchgesetzt werden, die ab März 2002 in Kraft treten werden.

Die Diskussionen sind jedoch noch nicht abgeschlossen! Prinzipielle Fragen stehen noch offen, und werden auf Druck des OGB•L demnächst in Arbeitsgruppen diskutiert.

FÜR DIE BEIBEHALTUNG DER AUTOMATISCHEN INDEXIERUNG DER EINKOMMEN

Zu Beginn des neuen Jahres forderte die Industriellenföderation FEDIL erneut die Abschaffung der automatischen Lohnanpassung respektive die Herausnahme jener Produkte aus dem Warenkorb, die grosse Preisschwankungen herbeiführen, was im Endeffekt auch einer Neutralisierung oder Liquidierung des Indexes gleich kommt. Der OGB•L hat sofort reagiert!

Der OGB•L warnt die Arbeitgeber davor, Hand an die automatische Indexierung zu legen oder auch nur daran zu denken, sie in irgendeiner Form manipulieren zu wollen.

Die Lohnindexierung, ein Anpassungsmechanismus, der den schaffenden Menschen die Erhaltung ihrer Kaufkraft und die Absicherung ihrer Einkommen garantiert, ist ein integraler Bestandteil der Einkommenspolitik in Luxemburg und Garant des sozialen Friedens.

Der OGB•L wird sich sowohl der Abschaffung als auch einer Verschlechterung des Indexsystems vehement widersetzen.

FÜR EINE BESTMÖGLICHE BILDUNGS- UND WEITERBILDUNGSPOLITIK

Lange bevor sie von der Politik thematisiert wurde, hatte der OGB•L eine Bildungsoffensive gefordert. Die Ergebnisse der PISA-Studie bestätigen und untermauern die bereits am 13. Oktober 1998 im OGB•L-Forderungspapier "Eine Bildungsoffensive für Luxemburg" gemachten kritischen Bemerkungen und zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, dass ein regelrechter Bildungsnotstand besteht. Zur Sicherstellung der Chancengleichheit, fordert der OGB•L eine Bildungs- und Weiterbildungspolitik, welche die Möglichkeit bieten muss, die sozialen und kulturellen Unterschiede sowie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu kompensieren.

Nur sie kann letztendlich Garant dafür sein, dass Schüler, die sich auf das Berufsleben vorbereiten und Arbeitnehmer, die im Berufsleben stehen, sich besser auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden und durchsetzen können. Die Zahlen des luxemburgischen Arbeitsmarktes weisen seit Jahren deutlich auf Defizite in diesem Bereich hin. Nur wurde bislang immer eine Vogel-Strauß-Politik betrieben und konkrete Initiativen blieben aus.

Das Gleiche gilt übrigens für die Problematik der Konkurse. Auch hier besteht akuter Handlungsbedarf und dennoch versucht die Regierung mit beschönigtem Zahlenmaterial, den Ernst der Situation herunter zu spielen. Durch diese politischen Karenzen verlieren jährlich hunderte Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz und die Sozialversicherungen und der Fiskus büßen jährlich Millionen Euros ein.

Kollektivvertrag:
gerecht
an Lön,
Arbeitszeit-
verkürzung

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Mobiliséierung
fir eng
gerecht
Emverdeelung!

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

Rente-
gerechtegkeet
elo!

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Eng
Wunneng
fir
jiddereen!

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

D'Fangeren
ewech
vum
Index!

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Géint
eng
2-Klasse
Medizin!

FÜR EINE OFFENE ZUKUNFTSDEBATTE

Der OGB•L hat, seit 1994, eine Debatte über die Zukunft Luxemburgs im Rahmen der Großregion und der erweiterten EU verlangt. Anschließend an seinen Kongress von 1999, wurde sogar das Einsetzen eines "Rates der Weisen" gefordert, der sich mit der Zukunftsgestaltung unseres Landes beschäftigen sollte. Unsere Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung im Interesse des Menschen und der Umwelt, stand also lange bevor die Regierung eine Polemik über einen 700.000 Einwohner Staat los trat. Der OGB•L wird sich dennoch aktiv und konstruktiv an dieser notwendigen Debatte beteiligen und eine Auflistung all jener politischen Entscheidungen verlangen, die Nachhaltigkeit ermöglichen, besonders auch vor dem Hintergrund der grassierenden Bauland Spekulation. Bereits jetzt herrscht in Luxemburg ein dramatischer Notstand an preiswerten Mietwohnungen und der Zugang zum Eigenheim wurde durch die enorme Preisentwicklung erschwert.

FÜR EINE OFFENSIVE + KONTINUIERLICHE KOLLEKTIVVERTRAGSPOLITIK SOWIE ERNSTHAFTE LOHN- UND GEHALTSERHÖHUNGEN

Kollektivverträge bedeuten Schutz und Absicherung, sowie eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, heute mehr denn je!

Der OGB•L lehnt die von Politik und Patronat geforderte "moderate Lohnpolitik" strikt ab und weist darauf hin, dass für ihn eine Vermischung von Steuer- und Lohnpolitik nicht in Frage kommt. Steuererleichterungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, um den Handlungsspielraum der Gewerkschaften bei Kollektivvertragsverhandlungen einzuschränken!

Des Weiteren ist klar, dass Kollektivvertragspolitik längst nicht mehr nur Lohnverhandlungen bedeutet, sondern auch Verhandlungen über Arbeitszeitorganisation und -verkürzung, über Weiterbildung, Gleichstellung und qualitative Verbesserungen im allgemeinen. In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, dass die Reform der Kollektivvertragsgesetzgebung vorangetrieben wird. Der OGB•L hat dem Arbeitsminister seine Vorstellungen unterbreitet und wird sich auch weiterhin aktiv an der Gestaltung dieser, für die Gewerkschaften wesentlichen Gesetzgebung beteiligen.

Eine grosse Gewerkschaft wie der OGB•L garantiert Kontinuität und Seriosität!

FÜR EINE VERBESSERUNG DER GEWERKSCHAFTSRECHTE UND DEN AUSBAU DER MITBESTIMMUNGSRECHTE DES PERSONALS

Die Gesetzgebung über die Personalvertretungen der Arbeitnehmer geht auf die 70er Jahre zurück und ist den heutigen Realitäten nicht mehr angepasst. In unserem politischen Zusammenhang mit Schwerpunkt auf dem Sozialdialog und den Kollektivvertragsverhandlungen drängt sich eine Anpassung und Modernisierung der Gewerkschaftsrechte und der gesetzlichen Bestimmungen zur Vertretung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf. Da

- das wirtschaftliche Umfeld, die Struktur der Betriebe, die Art des Managements sich in einem permanenten Wechsel befinden
- Betriebe fusioniert, aufgesplittet oder delokalisiert werden
- die Rechte, Möglichkeiten und der Schutz der Personalvertreter nicht angepasst wurden

fordert der OGB•L eine umfangreiche und tiefgreifende Reform der Gesetze und Bestimmungen zur Funktionsweise der Personalausschüsse und der Mitbestimmung sowie zur Gewerkschaftstätigkeit in den Unternehmen :

- um die, den gewählten Personalvertretern zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel zu verbessern
- um die Schutzbestimmungen der Personalvertreter in den Betrieben zu verstärken ; sie insbesondere besser vor Entlassungen und von Patronatsseite ausgeübtem Druck zu schützen
- um die Befugnisse und Aufgaben der Personalausschüsse zu modernisieren und klarzustellen.

Die vom Personal gewählten Vertreter haben ein Anrecht auf eine moderne Gesetzgebung, die es ihnen erlaubt, die Interessen der Belegschaft optimal zu vertreten, sie zu verteidigen und selbst nicht schutzlos ausgeliefert zu sein.

D'Sozial
Sécherheet
muss erhalte
bleiwen!

MOBILISÉERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Kollektivvertrág:
gerecht
an Lóin,
Arbeitszäit-
verkürzung

MOBILISÉERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Mobiliséierung
fir
eng
gerecht
Emverdeelung!

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

Rente-
gerechtgeek
elo!

MOBILISÉERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Eng
Wunneng
fir
jiddereen!

MOBILISÉERUNG

FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

D'Fangeren
eweck
vum
Index!

Géint
eng
**2-Klasse
Medizin!**

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

D'Sozial
**Sécherheet
muss erhalte
bleiwen!**

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Kollektivverträg:
gerecht
an Léin,
**Arbeitszäit-
verkierzung**

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Mobiliséierung
fir eng
**gerecht
Emverdeelung!**

LE SYNDICAT N°1

OGB•L

**Rente-
gerechtegkeet
elo!**

MOBILISÉIERUNG
FIR ENG GERECHT
EM VERDEELUNG

OGB•L

Eng
**Wunneng
fir
jiddereen!**

Die Globalisierung hat auch zur Folge, dass in den Betrieben immer mehr Hetze und Murks, Stress und Mobbing, an der Tagesordnung sind. Da diese Belastungen zu Krankheit und in die Invalidität führen können, muss dem ein Riegel vorgeschoben werden, indem der Mensch wieder in den Mittelpunkt der Bestrebungen nach mehr Demokratie in den Betrieben gerückt wird. Der OGB•L verlangt gesetzliche Rahmenbedingungen zum Schutz der Arbeitnehmer und fordert gleichzeitig Strafen für den Arbeitgeber bei Zuwiderhandlung.

In diesem Sinne müssen auch die Gesetzgebungen über die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz unter die Lupe genommen werden. Genauso wie die Arbeits- und Mineninspektion endlich in die Lage gesetzt werden sollte, den Anforderungen der modernen Zeit gerecht zu werden. Hier drängen sich Audits auf, um Fehlentwicklungen aufzuzeigen und die Abläufe auf Vordermann zu bringen. Mit symbolischen Zugeständnissen und Gesprächsrunden kann das Problem nicht beigelegt werden.

DIE MOBILISIERUNG GEHT WEITER!

**DER OGB•L
TRITT WEITER KONSEQUENT
FÜR QUALITATIVE VERBESSERUNGEN IN
ALLEN BEREICHEN EIN, IM SINNE EINER
GERECHTEN UMVERTEILUNG
AUF ALLEN EBENEN!**

**DIE GEWERKSCHAFT NR 1
ALLER ARBEITNEHMER
(51.000 MITGLIEDER)**

WERDEN AUCH SIE MITGLIED!

**Tel.: 54 05 45 - 1
e-mail: ogb-l@ogb-l.lu**

60, Bd J.F. Kennedy - L-4002 Esch/Alzette

 **OGB•L**

OGB♦L-ACAL hat Referenden gestartet



Da das Verhandlungsergebnis zur Erneuerung des Kollektivvertrages für Lkw-Fahrer sehr mager aussieht und auf 5 Informationssitzungen des OGB♦L von den anwesenden Fernfahrern verworfen wurde, hat der OGB♦L-ACAL ein Referendum gestartet. Die rund 2000 im OGB♦L organisierten Lkw-Fahrer sollen nun entscheiden, ob der Streitfall vor dem Nationalen Schlichtungsamt ausgetragen wird und ob sie zu eventuellen gewerkschaftlichen Aktionen bereit sind. An diesem Referendum beteiligt sich auch die christliche Gewerkschaft.

Der OGB♦L stellt eine außergewöhnlich massive Beteiligung am Referendum fest. Die Einsendefrist lief noch bis zum 28. Februar 2002.

Kommt es zu Blockadeaktionen?

Ferner hat der OGB♦L auch ein Referendum in Bezug auf den Punkteführerschein gestartet. Hierbei wurden nicht nur die Lkw-Fahrer, sondern auch die gewerkschaftlich organisierten Bus-, Taxi- und Lieferwagenfahrer angeschrieben. Insgesamt wurden rund 2.400 Fragebögen verschickt. Diese Massnahme war notwendig geworden,

nachdem sich Transportminister Henri Grethen anlässlich einer Unterredung am 24. Januar 2002 sehr unflexibel gab und keine Bereitschaft zeigte, das vorliegende Gesetzesprojekt zurückzuziehen oder abzuändern. Der OGB♦L bezeichnet das Gesetzprojekt über die Einführung des Punkteführerscheins als eine rein repressive Maßnahme. Der Verlust des Führerscheins bedeutet gleichzeitig den Verlust des Arbeitsplatzes. Zu unterstreichen bleibt in diesem Zusammenhang, dass der christliche Gewerkschaftsbund den Punkteführerschein begrüßt und sich nicht an diesem Referendum beteiligt. Bis zum 28. Februar sollten alle im OGB♦L organisierten Berufsfahrer mitteilen, ob sie für oder gegen das Gesetzprojekt sind und ob sie gegebenenfalls zu gewerkschaftlichen Aktionen bereit sind. Bereits im November letzten Jahres hatten sich die ACAL-Busfahrer für gewerkschaftliche Aktionen ausgesprochen, falls der Minister sein Gesetzprojekt nicht zurückziehen sollte.

Auch bei diesem Referendum ist die Beteiligungsrates bislang außergewöhnlich hoch, was bestätigt, dass der OGB♦L richtig liegt.

Doppelbesteuerung von deutschen Lkw-Fahrern

OGB♦L, DGB und ver.di beschließen Maßnahmenkatalog

Einen ganzen Tag lang saßen Vertreter von OGB♦L, DGB-Trier, DGB-Saar und ver.di am Sitz der ACAL in Bertrange zusammen, um über das Problem der Doppelbesteuerung von deutschen Lkw-Fahrern, die bei luxemburgischen Speditionen beschäftigt sind, zu beraten.

Seit einigen Jahren verlangen die deutschen Finanzämter von den Fahrern zusätzlich die Steuern, die laut deutschem Recht geschuldet sind, und dies sogar rückwirkend auf 1996. Deutschen Kraftfahrern werden Steuerbescheide zugestellt, in welchen die Finanzämter der BRD Zahlungen in Höhe von bis zu 25.000 verlangen. Dies kommt einer juristischen Doppelbesteuerung gleich.

Viele deutsche Kraftfahrer sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Bei einigen Betroffenen wurde sogar schon Hab und Gut gepfändet, weil sie den Zahlungsaufforderungen keine Folge leisten konnten. Eine Klage vor dem Finanzgericht Rheinland-Pfalz, die als Musterprozess dient, konnte bislang keine Klarheit schaffen. Die deutschen und luxemburgischen Behörden wenden verschiede-

ne Auslegungen des 1958 unterzeichneten Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der BRD und Luxemburg an.

Die derzeitige Vorgehensweise der Finanzämter hat zur Folge, dass zahlreiche Lkw-Fahrer aus Deutschland zögern, bei einem luxemburgischen Spediteur zu arbeiten. Ihre Freizügigkeit ist nicht mehr gewährleistet.

Auf Antrag des IGR (Interregionaler Gewerkschaftsrat) Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz nahmen sich OGB♦L, DGB und ver.di der Problematik an und verabschiedeten einen umfassenden Maßnahmenkatalog mit welchem die Politik sensibilisiert werden soll.

Zur Zeit arbeiten bei luxemburgischen Transportbetrieben rund 1.300 Fernfahrer aus Deutschland. Ein Drittel davon ist im OGB♦L-ACAL organisiert. Das Dossier wird in sehr enger Zusammenarbeit mit der Sektion „Deutsche Grenzgänger“ des OGB♦L bearbeitet.



Personalmangel in der Verwaltung der Krankenkassen

Es darf nicht noch ein weiteres Jahr verloren gehen!

Nachdem die Vertreter des OGB•L in den Gremien der Privatbeamten-Krankenkasse in den vergangenen Jahren immer wieder auf den dramatischen Personalmangel in der Verwaltung der CMEP hingewiesen hatten, hatte der zuständige Sozialminister im Oktober des

vergangenen Jahres endlich ein Reglement auf den Instanzenweg gebracht, das die Aufstockung des Personalbestands bei der CMEP um neun Posten vorsieht.

Auch andere Krankenkassen, und nicht zuletzt auch die UCM (Union des Caisses de Maladie), benötigen eine Aufstockung ihres Personals, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Nun hat sich aber, aus welchen Gründen auch immer, die Einstellung des dringend benötigten Personals erheblich verzögert, und man muss sich, angesichts der Probleme, mit denen die Krankenkassen nun schon seit Jahren zu kämpfen haben, doch sehr über die Schwerfälligkeit wundern, mit welcher der Staatsapparat auf solche Notlagen reagiert.

Hat da irgend jemand etwas von Verwaltungsreform gesagt?

Tatsache aber ist, dass der Termin zur Rekrutierung des Personals, auf das die Krankenkassen so dringend warten, verpasst wurde. Nun muss die Einstellungsprozedur neu anlaufen, was bedeutet, dass der nächste Termin für den Staatsconcours erst Mitte des Jahres ist und danach auch noch ein Bildungskurs am IFA (Institut de Formation Administrative) ansteht, so dass die Krankenkassen frühestens ab 1. Januar 2003 mit neuen Mitarbeitern rechnen können.

Das bedeutet aber auch, dass noch einmal ein ganzes Jahr verloren geht, in welchem sich die CMEP mit dramatischem Personalmangel herumschlagen muss. Ein Zustand, der den Versicherten aber nicht mehr länger zugemutet werden kann, da sie es sind, die im Endeffekt darunter zu leiden haben, dass das Personal der CMEP wegen katastrophaler Überbelastung sein Arbeitspensum nicht mehr bewältigen kann.

Verspätungen bei der Rückerstattung der Kosten, wie sie aufgrund des Personalmangels und der daraus folgenden Überbelastung in den letzten Jahren immer wieder aufgetaucht sind, stellen für viele Versicherte eine erhebliche finanzielle Belastung dar und müssen deshalb auf jeden Fall vermieden werden.

Wir fordern deshalb den Minister dazu auf, schnell zu reagieren und eine Übergangslösung für das Jahr 2002 zu finden, die hilft, den Personalmangel wenigstens vorübergehend, das heißt bis zur definitiven Einstellung des zugesagten Personals, zu entschärfen, damit die CMEP ihren Service gegenüber ihren Versicherten in einem halbwegs normalen Rahmen gewährleisten kann.

Armand Drews
Vizepräsident der CMEP und
Präsident der Privatbeamten-
Abteilung des OGB•L



Es geht um weitaus mehr als um 3.000 Franken

In den Diskussionen um das von der Regierung vorgelegte Modell einer so genannten Erziehungspauschale (forfait d'éducation) geht es um weitaus mehr als um 3.000 Franken, auch wenn der finanzielle Aspekt nicht vernachlässigt werden soll.

Doch es stellen sich drei grundsätzliche Überlegungen:

- ♦ Halten wir an den eher rückständigen Auffassungen hinsichtlich der Aufteilung der Lasten zwischen Frauen und Männern im Haushalt fest oder entscheiden wir uns für eine zeitgemäße Form von Partnerschaft und Gleichstellung?
- ♦ Spielen wir die Frauen gegeneinander aus, mit, auf der einen Seite, diejenigen, die für Lohn oder Gehalt arbeiten, und auf der anderen Seite, die, die im Haushalt tätig sind? Oder respektieren wir die Tatsache, dass alle Mütter Erziehungsleistung bringen und dementsprechend gerecht, also gleich behandelt werden müssen?
- ♦ Wollen wir mit der Einführung einer Erziehungspauschale einen Schritt zurück gehen oder wollen

wir einen innovativen Schritt nach vorne tun?

Der Rententisch hatte folgendes vorgeschlagen: 3.000 Franken monatlich pro Kind für Frauen ab 65 Jahren ohne eigene Rentenrechte.

Dabei wurde allerdings schnell klar, dass dieser Regierungsvorschlag einer ernsthaften Analyse nicht standhalten kann. Und zwar aus mehreren Gründen:

Man kann nämlich nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, in diesem Fall Baby-Jahre mit der Erziehungspauschale. Man muss aber auch wissen, was man mit dieser Maßnahme erreichen will. Und schließlich muss jede Bürgerin fair behandelt werden, damit das Prinzip "Égalité de la citoyenne devant la loi" auch wirklich beherzigt wird.

Denn Frauen mit eigenen Rentenrechten von einer solchen Maßnahme auszuschließen, weil sie von zwei Baby-Jahren profitiert haben, die gegen die Erziehungspauschale aufzurechnen wären, ist eine absolut ungerichte und falsche Haltung.

Baby-Jahre sind eine rentenpolitische Maßnahme, wie jeder im "Exposé des motifs" des entsprechenden Gesetzes nachlesen kann, in dem es heißt: "L'af-

filiation obligatoire de la mère ou du père au cours de l'année suivant la naissance d'un enfant avec paiement des cotisations à charge de l'État constitue une mesure pour pallier partiellement à l'interruption de la carrière d'assurance due à la naissance d'un enfant."

Sie sollen unvollständige Rentenkarrerien verhindern, sollen oft schwierige Berufsunterbrechungen ausgleichen sowie Frauen und Familien helfen, Kinder, Beruf und Kosten besser unter einen Hut zu bringen.

Und dass Kinder eine kostspielige Angelegenheit sind, das hat kürzlich noch einmal der Deutsche Kinderbund nachgerechnet, der darauf gekommen ist, dass für die Versorgung und Betreuung eines Kindes von der Geburt bis ins Erwachsenenalter ca. 20 Millionen Franken ausgegeben werden müssen.

Baby-Jahre sind also Teil einer Politik, um Frauen eigene Rentenansprüche zu gewähren, ebenso wie Erziehungs- und Pflegejahre.

Man muss also schon wissen, was man will. Das aber tut die CSV offensichtlich nicht, die anlässlich des Rententischs höllische Angst hatte, dass die DP mit ihrem Minister, die LSAP mit

ihrer Forderung nach einer Jahressulage und die Gewerkschaften mit ihrem Anspruch auf eine 7-prozentige Rentenerhöhung die Gewinner des Rententischs sein würden.

Deshalb musste schnellstens eine Idee her, wobei man aber weiß, dass solche elektoralen Schnellschüsse oft nicht zu Ende gedacht werden. Denn der Sprachgebrauch verrät schon, dass die CSV nicht wusste, was sie eigentlich wollte.

Da ging im CSV-Papier zum Rententisch zunächst die Rede von "un élément de pension forfaitaire". Dann hieß es auf einmal, man wolle eine "Hausfrauenrente", mit dem Ziel wohl, die Frauen wieder verstärkt ans Heim zu binden.

Schließlich sollte es dann sogar um die "Anerkennung der Hausfrauenarbeit" gehen, wobei es aber auch Frauen ohne Kinder gibt, die einen Haushalt zu bewältigen haben, und auch Frauen mit Anspruch auf Rentenrechte, die berufstätig waren und zugleich ihren Haushalt führten.

Ja, was denn nun?

So lässt sich auf jeden Fall keine kohärente Politik machen. Denn schließlich zählt die Fairness gegenüber allen Müttern, also denen, die zuhause bleiben, und denen, die für einen kleinen oder großen Lohn arbeiten und von Baby-Jahren profitieren oder nicht.

Alle diese Kategorien von Müttern haben über Jahre ihre Kinder erzogen, sie gewickelt und umsorgt, haben ihnen bei den Hausaufgaben geholfen, bei Examen mitgezittert und waren immer voller Sorge, dass sie gesund nach Hause kommen mögen.

Deshalb ist es grundlegend ungerecht, diese Mütter jetzt in Kategorien aufteilen zu wollen, von denen die einen Ansprüche haben und die anderen nicht. Dies wäre ein Spagat, der zu einer schweren Muskelzerrung führen würde.

Wir brauchen eine Erziehungspauschale für alle Mütter ab 65 Jahren, weil - wie wir bewiesen haben - alle

eine Leistung erbracht haben, wobei Mütter, die berufstätig sind, oft einer doppelten und dreifachen Belastung ausgesetzt sind.

Wir brauchen ein Konzept der Chancengleichheit, weil immer noch Frauen meistens die Erziehungsarbeit leisten, auch wenn sie berufstätig sind. Und der Zeitaufwand für Erziehung ist bei Frauen, die berufstätig sind fast genau so groß wie bei Frauen, die im Haushalt arbeiten, wie eine CEPS-Studie erwiesen hat.

Dass wir mit unseren Forderungen nicht allein stehen, belegt auch eine Stellungnahme des Conseil National des Femmes du Luxembourg von November 2001, in der es heißt:

"Se situant dans le domaine de la politique familiale, l'idée d'accorder une prime (...) aux femmes ayant eu des enfants doit être matérialisée dans l'esprit de la politique d'égalité. Le CNFL se prononce pour l'octroi du bénéfice d'une telle prime à toute mère (ou tout père), indépendamment du fait d'avoir également travaillé à l'extérieur du ménage."

Dies sahen die Gewerkschaften am Rententisch, allen voran der OGB♦L, genauso. Schon in einem Positionspapier vom 21.6.01 definierten sie den "forfait d'éducation" als familienpolitische Maßnahme und lagen somit auf der gleichen Wellenlänge wie das CNFL.

Also gerechte Behandlung für alle Mütter, aber auch gerechte Behandlung zwischen Müttern und Vätern. Das bedeutet, die Gewährung der Erziehungspauschale auch an die Väter oder die mögliche Aufteilung der Pauschale auf die beiden Elternteile, wobei der klare Wille zum Ausdruck käme, dass eine moderne Partnerschaft eine gerechte Aufteilung der Lasten verlangt und somit den Frauen die Möglichkeit einer freien Wahl gestattet.

Die Erziehungspauschale soll dem Generationenvertrag eine neue Dimension geben. Wir wollen eine kinderreiche Gesellschaft, die ein umlagefinanziertes Sozialversiche-

rungswesen trägt, dies in angewandter Toleranz jenen Familien gegenüber, die kinderlos bleiben wollen.

Wir wissen, dass eine sinnvolle Familienpolitik nur dann möglich ist, wenn alle Teile zusammengehen.

Also:

- ♦ Unterstützung der jungen Familien durch Kindergeld und über die Steuerpolitik;
- ♦ Familiengerechte Arbeitszeitgestaltung;
- ♦ Ausgeprägtes Netz an familienfreundlichen Infrastrukturen;
- ♦ und jetzt: Unterstützung der Mütter und Väter im Alter.

Es wäre also grundlegend falsch, wie es die Regierung mit ihrer Maßnahme jetzt plant, flagrante soziale Ungerechtigkeiten zu begehen und einen überholten Natalismus zu pflegen. Die skandinavischen Länder beweisen schließlich, dass hohe Geburtenrate und hohe Beschäftigungsquote bei Frauen zusammen gehen.

Wir fordern deshalb eine Erziehungspauschale für alle ab dem 1. Juli 2002, die nicht besteuert werden darf, weil sie in den Rahmen der Familienpolitik fällt.

Wir wollen eine sozial gerechte Maßnahme, die einen Beitrag für ein modernes Gesellschaftskonzept darstellt, in dem Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen keine leeren Begriffe sind.

Lucien Lux

Le CSI s'inquiète de la mise en œuvre des décisions du Sommet de la Grande Région

Lors de la réunion du 15 janvier 2002, le Conseil Syndical Interrégional Sarre-Lorraine-Luxembourg-Trèves/Palatinat Ouest (CSI) a discuté de la mise en œuvre des décisions du Sommet de la Grande Région, notamment en ce qui concerne leur volet social. Le CSI souhaite exprimer son inquiétude face aux réticences de la présidence sarroise de la Grande Région à ce sujet.

Le CSI regrette que le Comité Economique et Social de la Grande Région (CESGR) ne dispose plus d'un secrétariat comme cela avait été décidé au Sommet. De plus, les moyens mis à disposition par la présidence sarroise ne lui permettent pas de fonctionner convenablement et d'effectuer un travail de qualité. Cette situation risque de mettre à mal le dialogue social dans la Grande Région. Le CSI estime que les exécutifs des différentes parties de la Grande Région devraient doter le CESGR d'un budget de fonctionnement commun et d'un secrétariat permanent qui pourrait être utilement intégré dans la maison de la Grande Région à Luxembourg.

Lors du dernier Sommet de Mondorf, le CSI avait salué la décision des représentants politiques de la Grande Région d'institutionnaliser l'Observatoire Interrégional de l'Emploi (OIE) par le biais d'un comité de pilotage permanent. Pourtant, à l'heure actuelle ce comité n'a pas encore été convoqué. Le financement des études à mener par l'OIE qui ont été décidées à Mondorf n'est pas non plus assuré. L'OIE, cet instrument de grande importance pour l'analyse d'un marché du travail transfrontalier en croissance constante, risque de disparaître avant même d'avoir vu le jour.

Le CSI appelle la présidence sarroise à présenter un plan de travail concret pour les prochains mois et à veiller à ce que les décisions du Sommet soient respectées. Il en va du futur de la collaboration transfrontalière dans la Grande Région.

Nachruf François Koch hat uns verlassen

Mit Fränz verlieren wir nicht nur einen guten Kollegen, sondern einen liebenswürdigen Kameraden, der unserer Organisation stets zur Verfügung stand und jedem seine Hilfe anbot.

Es war auch nicht der Zufall, der ihn bereits in jungen Jahren bewog, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wie er stets betonte, liess er sich hierbei vom Solidaritätsgedanken leiten und glaubte bis zu seinem Ableben an die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft. Alle Militanten, denen er in der Ausübung seiner vielfältigen Tätigkeiten begegnete, verspürten seine Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Seine Freundlichkeit und sein Humor schufen stets jene gesellige Atmosphäre, die viele Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit im OGB•L anspornten.

Der plötzliche Tod von Kollege Fränz hat uns alle erschüttert und in eine tiefe Trauer versetzt. Wir drücken seiner Frau, unserer Freundin Francise sowie der ganzen Familie unser tiefstes Beileid und Mitgefühl aus.

Fränz, wir vergessen Dich nicht und werden in Deinem Sinn weiter aktiv sein.



Für die Rentnerabteilung der
Sektion Esch/Alzette
Der Präsident Fernand Hübsch

MILITARES UM POR TODOS, TODOS POR UM



Immiqrês

Caros compatriotas,

Muito obrigado pela vosa presença massiva.

A vossa luta, que é também a nossa, é legítima e é justa.

É legítima porque tem base legal.

Cumprir o serviço militar foi e é uma obrigação para todos os cidadãos maiores de 18 anos. Nós cumprimos um dever para com o país. O Estado tem que reconhecer esse serviço e contá-lo para efeitos da segurança social.

A nossa luta é justa porque demos os melhores anos da nossa vida e o Estado Português quer esquecer-nos.

Temos que lembrar aos governantes portugueses actuais e àqueles que saírem das eleições de 17 de Março que nós só queremos o que por direito nos é devido.

Queremos dizer-vos que a nossa luta tem que continuar em qualquer parte do mundo onde haja um português e sempre que for necessário reclamar os nossos direitos.

Longe deve ir o tempo em que houve filhos que perderam os pais, mães que perderam os filhos ... mas temos que estar atentos e exigir os nossos direitos.

Queremos uma lei que seja igual para todos. Todos fizemos o serviço militar. Todos temos direito a que esse tempo nos seja contado.

Não pode haver prazos limitados no tempo. Já cumprimos o nossos dever e o Estado tem que assumir o seu em relação a todos nós. Aquilo que nos deram quanto fizemos a tropa foi uma miséria, não temos nada que pagar.

Era só o que faltava, para além do que já pagámos com o corpo ainda termos que pagar aquilo que nunca recebemos.

Se há tantos que não pagaram, nem pagam, porque é que nós devíamos pagar e ainda por cima mais do que vão pagar os que residem em Portugal?

Portugal e a Espanha são actualmente os únicos países da Europa a manter esta situação intolerável, que é uma autêntica vergonha para os governos dos dois países.

Somos emigrantes e temos orgulho nisso!

O Estado português pode e deve fazer mais e melhor por nós.

Todos juntos: com firmeza e com determinação havemos de ganhar esta luta!

Bem hajam a todos.

Manuel GOMES DA SILVA
Presidente da Comissão dos ex-militares portugueses do
Luxemburgo

Luxemburgo, 10 de Fevereiro de 2002

CONTAGEM DO TEMPO DE SERVIÇO MILITAR A LEI FOI PUBLICADA

No dia 11 de Fevereiro foi publicada no Diário da República, a Lei n°9/2002 que consagra a contagem do tempo de serviço militar dos ex-combatentes

A Lei discriminatória e restritiva, aprovada pela Assembleia da República em 20 de Dezembro, aí está!

Mas nós perguntamos:

- ♦ Quando é que os Consulados estarão preparados para a executarem (cf. artigo 9)?
- ♦ Onde estão os formulários previstos no artigo 9°-3?
- ♦ E a regulamentação prevista no artigo 12°-1?
- ♦ Que vai o governo fazer nos termos do artigo 9°-4?
- ♦ Como se calculam os rendimentos dos cidadãos que não residem em Portugal e que não paguem IRS?
- ♦ Como é que o artigo 4°-2, se aplica aos emigrantes?

Quando um governo não tem noção do que faz e os deputados (sobretudo os eleitos pela emigração) não se preocupam com quem os elegeram, as leis aprovam-se à pressa e sem qualquer noção de quem são os beneficiários, nem das suas implicações!

Portugal pode e deve fazer melhor !

Nós continuaremos a lutar por uma lei que seja igual para todos

Eduardo Dias

(Para receber o texto da lei pode requerer pelo telefone 496005-208 ou dirigir-se ao Consulado-Geral de Portugal)

MILITARES QUEREM NOVA LEI

Mais de 600 pessoas estiveram presentes na manifestação que decorreu frente ao Consulado de Portugal no Luxemburgo, no domingo, dia 10 de Fevereiro.

Foram centenas de pessoas que, debaixo de chuva, mostraram a sua determinação em lutar por uma lei justa e sem discriminações.

As pessoas presentes aprovaram um conjunto de reivindicações que a Comissão dos Ex-militares entregou no Consulado, ao Vice-Cônsul, Senhor António Antunes, à Conselheira Social, Senhora Dra. Alcina Ventura e à Chanceler, Senhora Conceição Santos, para ser transmitido ao Governo e à Assembleia da República

As reivindicações aprovadas são as seguintes:

1. A segurança social portuguesa deve contar o tempo de serviço militar de todos os ex-militares, de todos os militares actuais e de todos os futuros militares sem qualquer discriminação, nem restrição.
2. Nós queremos que o Governo português e a Assembleia da República legislem de modo a reconhecer inequivocamente que o tempo de serviço militar obrigatório deve contar para todos os efeitos e, nomeadamente, em matéria de segurança social.

A Lei aprovada em 20 de Dezembro pela A.R. é discriminatória e restritiva.

1. A lei prevê unicamente:

- ♦ aqueles que fizeram o serviço militar de 1961 à 1975, em Angola, Guiné-Bissau e Moçambique;
- ♦ aqueles que fizeram o serviço militar em Timor, em 1974 e 1975;
- ♦ aqueles que fizeram o serviço militar na Índia durante a ocupação (1961).

2. A lei exige e restringe no tempo:

- ♦ que um requerimento tem que ser feito até 31 de Outubro de 2002.

3. A lei exige que os ex-militares paguem uma cotização:

- ♦ Essa cotização é superior ao montante total que os ex-militares receberam na altura do cumprimento do serviço militar obrigatório e os emigrantes vão pagar 2 a 3 vezes mais que os cidadãos residentes em Portugal.

No quadro da aplicação desta Lei, nós queremos:

- ♦ que o Estado Português por intermédio dos Consulados e/ou das Embaixadas divulgue de forma massiva o diploma legal, os direitos e as obrigações consagrados na lei;
- ♦ que sejam postos à disposição dos Consulados meios financeiros, materiais e humanos suplementares para lhes permitir cumprir esta nova missão;
- ♦ que durante o período previsto na Lei, até 31 de Outubro de 2002, os Consulados abram excepcionalmente (nos Sábados e Domingos) para poderem dar resposta e seguimento aos requerimentos dos ex-militares.

Nós queremos uma nova Lei que elimine todas as discriminações e restrições e que integre :

- ♦ todos aqueles que fizeram o serviço militar antes de 1961 e após 1975;
- ♦ todos aqueles que fizeram o serviço militar em Portugal, Cabo-Verde e São Tomé e Príncipe;
- ♦ todos aqueles que fizeram o serviço militar na Índia, antes da ocupação;
- ♦ todos aqueles que fizeram o serviço militar em Timor antes de 1974;
- ♦ todos aqueles que fazem actualmente ou venham a fazer no futuro o serviço militar obrigatório

QUEREMOS AINDA:

- ♦ que a Lei não seja limitada no tempo;
- ♦ que os militares não paguem quaisquer cotizações e, qualquer que seja a solução, que os emigrantes não paguem mais que os residentes.

A bola está agora do lado do Estado português que deve agir em favor de todos militares sem discriminações!

Mensagem de apoio e solidariedade!

Em primeiro lugar as nossas saudações vão para a Comissão dos Ex-Militares do Luxemburgo organizadores desta manifestação pública.

As nossas saudações a todos os nossos compatriotas presentes.

Desde já o nosso apoio e solidariedade, à vossa luta no Luxemburgo, que é igual à nossa, em França, e a mesma em qualquer parte do mundo onde haja um português a quem negam a justiça e o direito.

A lei que foi aprovada no passado dia 20 de Dezembro em Portugal é injusta, discriminatória e perversa. Ela faz uma escolha selectiva entre os ex-militares, como se houvessem bons de um lado e maus do outro.

Os promotores desta lei pretendem desarticular este forte movimento de protesto, procurando a desunião entre nós.

Temos que continuar unidos e solidários!

Por isso, o governo português tem de aceitar as nossas justas reivindicações:

- Contagem dos anos de serviço militar para efeitos de reforma para TODOS os ex-militares
- Contagem gratuita dos anos de tropa
- Bonificação gratuita
- Anulação do prazo de 31 de Outubro do corrente ano como data limite para tratarmos dos nossos direitos
- Criação, nos Consulados, de um serviço para tratar unicamente os problemas dos ex-militares
- Revisão de todas as pensões de reforma que não tomem em linha de conta o tempo de tropa, principalmente as pensões das viúvas.

Unidos seremos sempre mais fortes.

Cumprimentos e saudações a todos vós!

Paris, 8 de Fevereiro de 2002

Pela Comissão dos ex-militares portugueses de França,
O Presidente, José Ribeiro

Mensagem de solidariedade do presidente do CLAE

Na impossibilidade de estar presente, quero manifestar a minha solidariedade e o meu apoio às vossas reivindicações.

É simplesmente vergonhoso que Portugal não considere o tempo de Serviço Militar, que é serviço directamente prestado à comunidade nacional, como digno de figurar ao lado do serviço de entidades públicas ou privadas para as quais trabalhamos ao longo da nossa vida.

É vergonhoso que se discuta o valor do risco que se corre ao serviço de Portugal, como se o tempo de serviço militar pudesse valer mais tostão ou menos tostão consoante é feito ontem ou hoje, consoante é feito em Lamego ou em Tete.

No momento em que a Associação Portuguesa dos Veteranos de Guerra e a rede Nacional de Apoio aos Combatentes revelam à luz do dia as consequências para a saúde dos ex-soldados da sua participação na guerra, seria ridícula se não fosse grave a discussão sobre a contagem do tempo ao serviço de Portugal para efeitos de reforma.

Este assunto só pode terminar com a solução cujo bom senso se deveria impor a todos: contagem integral e sem restrições do tempo de serviço militar, e respeito da comunidade nacional por quem a serviu.

Diogo Quintela
Presidente do CLAE

ASSEMBLEES GENERALES IL FAUT PARTICIPER !

Chaque année, pendant les mois de mars et d'avril ont lieu les Assemblées Générales des 80 sections locales de l'OGB♦L.

Prends note du jour et du local de réalisation de l'assemblée de ta section, elle est mentionnée dans l'ACTUEL
Participez aux discussions et intégrez-vous dans la vie de votre section.

Nous sommes tous membres de cette grande organisation qui est l'OGB♦L.

Tous unis, luxembourgeois et non-luxembourgeois, nous serons, encore, plus forts.

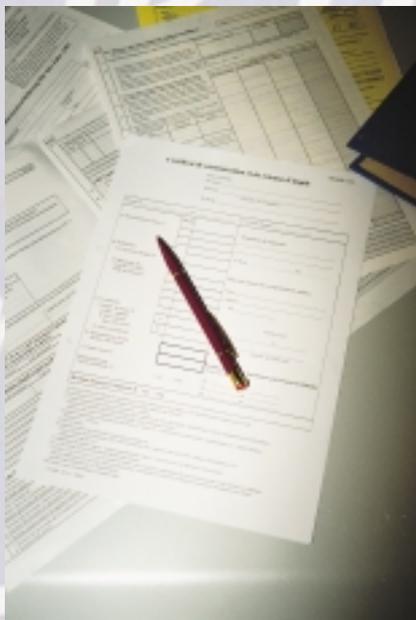
OGB♦L Generalversammlungen März 2002

Datum	Tag	Zeit	Sektion	Lokal	Ort	Referent (in)
01.03	Freitag	17.00	Bergem/Steinbrücken	Centre Culturel	Bergem	René Pizzaferrri
01.03	Freitag	19.30	Mensdorf	Café Elite	Roodt-Syre	Romain Clees
01.03	Freitag	19.30	Wecker	Café Speck	Wecker	Jean-Claude Reding
02.03	Samstag	17.00	Leudelingen	Café "Beim Karin"	Leudelingen	Alain Kinn
07.03	Donnerstag	18.30	Zolver/Ehleringen	Am Becks Haus	Zolver	René Pizzaferrri
08.03	Freitag	18.30	Esch-Sauer .	Hotel Beau Site .	Esch-Sauer	Fränk Arndt
08.03	Freitag	20.00	Bascharage	Hall 75	Bascharage	Viviane Jeblick
09.03	Samstag	17.00	Bonnevoie	Casino Syndical	Bonnevoie	Léon Jenal
09.03	Samstag	17.00	Niederanven	Brasserie Andethana 2000	Senningen	Jean-Claude Reding
09.03	Samstag	18.30	Walferdange	Centre Prince Henri	Walferdange	André Roeltgen
09.03	Samstag	19.30	Larochette	Bistrot de la Gare	Medernach	Marie-Thérèse Sannipoli
09.03	Samstag	17.00	Düdelingen	Maison Syndicale	Düdelingen	John Castegnaro
09.03	Samstag	19.00	Wasserbillig	Centre Culturel	Wasserbillig	René Pizzaferrri
13.03	Mittwoch	19.00	Hüncheringen	Centre Culturel	Hüncheringen	John Castegnaro
15.03	Freitag	19.00	Diekirch .	Café du Pont	Gilsdorf	Carlos Pereira
15.03	Freitag	19.00	Hosingen	Café des Sports	Hosingen	Fränk Arndt
15.03	Freitag	19 30	Vianden	Saal Bessling Larei	Vianden	Léon Jenal
15.03	Freitag	19.00	Petingen	Centre Culturel "A Rousen"	Petingen	Tom Jungen
15.03	Freitag	19.00	Mersch	Hall Irbicht	Beringen	Armand Drews
15.03	Freitag	18.30	Rümelingen	Café "am Heim"	Rümelingen	John Castegnaro
15.03	Freitag	19.00	Sanem	Café du Centre	Sanem	Jean-Claude Reding
16.03	Samstag	18.00	Ettelbruck .	Hotel de Ville	Ettelbrück	René Pizzaferrri
16.03	Samstag	12.15	Preitzerdaul	Pallerstuff	Niederpallen	Raoul Schaaf
16.03	Samstag	18.00	Junglinster	Euro Hotel	Gonderange	Romain Binsfeld
16.03	Samstag	16.00	Differdingen	Gewerkschaftsheim	Differdingen	Marie-Thérèse Sannipoli
22.03	Freitag	19.00	Clemency	Salle des Fêtes	Clemency	Alex Teotonio
22.03	Freitag	19.00	Hobscheid	Centre polyvalent	Hobscheid	Léon Jenal
22.03	Freitag	19.00	Mamer	Café "Am Duerf"	Mamer	Romain Binsfeld
22.03	Freitag	19.30	Strassen/Bertrange	Centre Culturel Barblé	Strassen	John Castegnaro
22.03	Freitag	19.00	Niederdonven	Hôtel Simmer	Ehnen	Romain Daubenfeld
23.03	Samstag	19.00	Bissen	Café Adam	Bissen	Michel Schaul
23.03	Samstag	19.00	Clervaux	Café des sports	Clervaux	Nico Clement
23.03	Samstag	19.00	Mertzig-Feulen	Restaurant Obelix	Grosbous	Marie-Thérèse Sannipoli
23.03	Samstag	18.00	Wiltz	Café Renert	Wiltz	Tom Jungen
23.03	Samstag	17.00	Remich	Aal Schoul	Remich	John Castegnaro
24.03	Sonntag	17.00	Befort	Hôtel Binsfeld	Befort	Pit Schreiner
27.03	Mittwoch	18.00	Rodange	Centre Culturel	Rodange	Tom Jungen
28.03	Donnerstag	19.00	Monnerich	Centre Arthur Thinnès	Monnerich	Romain Binsfeld
29.03	Freitag	19.00	Kayl	Café Käler Stuff	Kayl	Carlos Pereira

Déclarations d'impôts

Comme les années précédentes, l'OGB•L vous propose un service gratuit pour compléter vos déclarations d'impôts.

Dans le but de faciliter notre organisation de rendez-vous et afin de vous éviter de longues attentes au téléphone, nous vous saurions gré de bien vouloir compléter le formulaire ci-dessous et de nous le retourner dans les meilleurs délais.



ECHEANCIER DES CONFÉRENCES D'INFORMATION PORTANT SUR LES DÉCLARATIONS D'IMPÔTS

Régionale GREVENMACHER

lundi 11 mars à 20h00
Centre Culturel
Wasserbillig
Orateurs : Etienne Schneider
Jeannot Krecké

Régionale RODANGE

mercredi 13 mars à 18h30
Maison de la Culture "A Rousen"
Pétange
Orateur : Etienne Schneider

Régionale DUDELANGE

jeudi 21 mars à 19h00
Maison Syndicale
Dudelange
Orateur : Etienne Schneider

Régionale CENTRE

mardi 9 avril à 19h00
Casino Bonnevoie
Salle Joseph Junck
Orateur : Jeannot Krecké

Régionale NORD

mardi 11 avril à 19h00
Hôtel de Ville
Ettelbruck
Orateur : Jeannot Krecké

Demande de rendez-vous pour compléter des déclarations d'impôts

Nom: Prénom:

Adresse:

Localité: Pays:

Téléphone: privé: travail:

Date de naissance: marié(e)*: oui non

Nombre d'enfants:

Nombre des déclarations d'impôts:

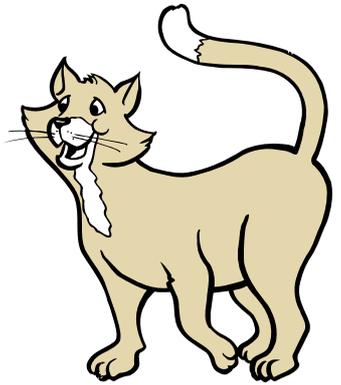
Préférence pour le rendez-vous*: matin après-midi

Veuillez me contacter avant de fixer un rendez-vous

* cocher la case correspondante

A retourner ou faxer à :
OGB•L
Service Déclaration d'Impôts
BP 149
L-4002 Esch/Alzette
Fax : 54 16 20

Pas si Chienne de Vie que ça !



Réintégration des frontaliers retraités dans le Régime Local de la Sécurité Sociale

Le Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers de la Moselle, l'OGB♦L et sa section des Frontaliers français viennent à nouveau de remporter une grande victoire avec la réintégration des frontaliers retraités dans le régime local de la sécurité sociale.

La loi de modernisation sociale dans laquelle étaient intégrés les articles de la nouvelle loi du régime local a été promulguée le 18 janvier 2002.

Pour rappel, l'ancienne loi du Régime local du 14 avril 1998 excluait les frontaliers retraités du régime local. Ce qui a provoqué à l'époque un tollé général au sein des organisations précitées qui ont engagé depuis le bras de fer avec les pouvoirs publics et l'Instance Régional de Gestion du Régime Local à Strasbourg. La position de ces derniers étaient que les travailleurs frontaliers, ne cotisant pas les cinq dernières années précédant leur mise à la retraite au régime local, ne remplissaient donc pas les conditions pour pouvoir en bénéficier.

Sur ce grand succès, les présidents Arsène Schmitt et Philippe Manenti dans une déclaration commune signalent : *" Notre lutte sans relâche a porté ses fruits, dès le départ nous avons dit qu'il fallait raisonner sur ce dossier en droit communautaire. Notre analyse était juste, cette exclusion était contraire au règlement CEE 1408/71 (qui coordonne les régimes de sécurité sociale au sein des Etats membres), notamment les dispositions combinées de l'article 19 et de l'annexe VI – E. France – 6a du Règlement. Ces dispositions disent clairement, que nous sommes affiliés au Régime Local en cas de soins en France, sans verser de cotisations étant donné que les cotisations sociales sont payées dans le pays d'emploi "*.

Un courrier a été adressé aux CPAM concernées pour demander les démarches que devront remplir les frontaliers concernés pour bénéficier à nouveau du régime local.

Par ailleurs, les organisations précitées viennent de saisir Madame Guigou, ministre des Affaires Sociales, de la Solidarité et de l'Emploi, au sujet des frontaliers retraités exclus qui ont une assurance complémentaire santé. L'exclusion a eu pour conséquence un renchérissement de leur cotisation-santé, à l'initiative des assureurs qui ont vu dans la modification législative une aggravation du risque. Les Comités considèrent que la responsabilité de l'Etat est engagée et demande au ministre d'indemniser les personnes concernées.

Pour de plus amples renseignements :

Section des frontaliers français de l'OGB♦L
B.P. 41 – 57390 Audun-le-Tiche.
Tél. : 03 82 50 32 50 / Fax : 03 82 50 32 53

La section des frontaliers français de
l'OGB♦L organise à partir du 18 mars 2002
des permanences spéciales

" IMPOTS-LUXEMBOURG "

(Uniquement sur rendez-vous)

Adressez-vous au secrétariat de la section
aux jours et heures de permanences.

N'hésitez pas, contactez-nous.

Aperçu du programme du festival

Vendredi 15 mars

à 20h30 CELTAS CORTOS

Rock celtique ? Samba, reggae, blues, ska, polka
sont au programme de cette fusion hors du
commun, la fiesta!

Samedi 16 mars

à 12h00 - Ouverture du festival

à 20h30 - Nuit blanche aux rythmes latinos

ADDYS D'MERCEDES

(Cuba / Allemagne)

MASALSA

(Amérique latine / Pays-Bas)

Dimanche 17 mars

à 10h30 - Débat : " Scolarité au Luxembourg :
l'après PISA?"

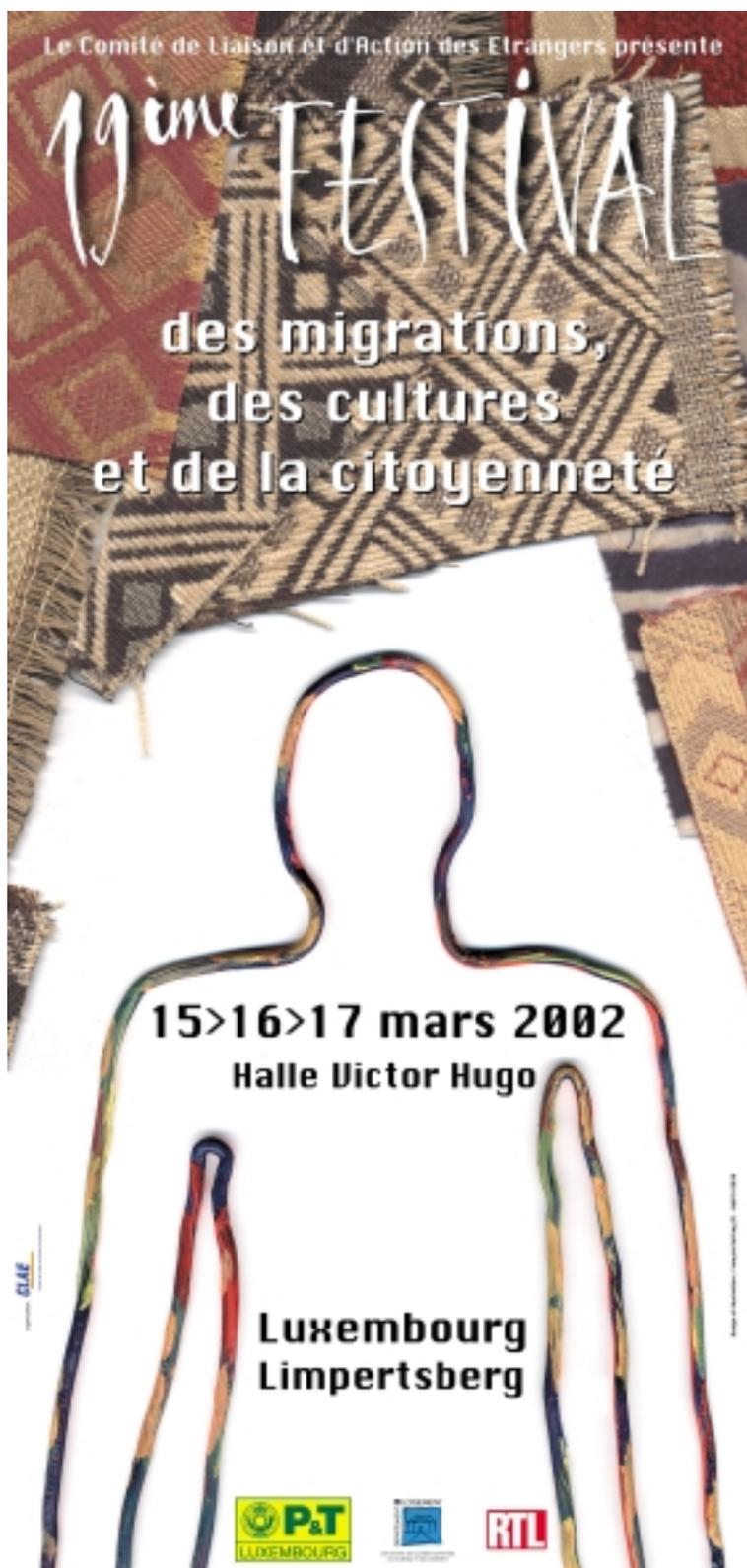
à 14h00 - Débat : "Autres cultures, autres
revues ?"

2ème salon du livre et des cultures
au 19ème Festival des cultures,
des migrations et de la citoyenneté
15, 16 et 17 mars 2001

1er mai 2002

Manifestation
interrégionale à
Thionville

Il y a 30 ans seulement :
les droits des femmes au
Luxembourg
**Journée Internationale
de la Femme
8 mars 2002**



Die Tripartite: ein festes Forum für den Sozialdialog

Aus Zeitgünden wird sich das vom OGB•L
organisierte Rundtischgespräch um einige
Wochen verschieben. Das genaue Datum und
weitere Details werden im nächsten Aktuell
und in der Presse mitgeteilt.



John Castegnaro
Président

Réformes - Sortir enfin de l'impasse

Durant des années, l'OGB•L a exigé un ministre du Travail "à temps plein". Nous l'avons obtenu avec l'arrivée au pouvoir du nouveau gouvernement, en 1999, et nous nous félicitons des nombreux dossiers traités en ce mi-parcours de la législature et des progrès législatifs enregistrés sur certains points.

Le ministre du Travail est conscient des préoccupations des syndicats ainsi que des attentes et des revendications de l'OGB•L. Nous avons discuté avec lui des problèmes et élaboré des projets de solution au cours des derniers mois. Le projet de loi pour le secteur Horeca en est un exemple significatif, même si de réels obstacles subsistent.

Une mobilisation réussie

Le congrès de l'OGB•L de décembre 1999 avait entre autres défini deux grandes priorités et souligné la nécessité d'une mobilisation syndicale d'une part en faveur d'une "redistribution équitable" et d'autre part pour imposer "un nouveau dialogue social par des lois syndicales modernes".

La mobilisation massive en faveur d'une redistribution équitable a été un réel succès. D'importantes négociations politiques ont abouti l'année passée. Des améliorations prescrites par la loi interviendront cette année, d'autres sont déjà appliquées, telle que l'annulation des participations plus élevés des caisses de maladie. L'augmentation des pensions, l'introduction d'un forfait pour l'éducation d'un enfant, la révision de la législation en matière d'invalidité, la continuation de l'allocation de chauffage, ... etc. prouvent qu'il est possible de réaliser de véritables avancées, même si les différents gouvernements s'y sont opposés pendant des années et ont notamment rejeté toute augmentation structurelle des pensions.

Mais la lutte en faveur de la redistribution équitable est une bataille sans fin, et nous sommes encore loin d'une réelle justice sociale. Ainsi, malgré des allègements fis-

caux substantiels, des dizaines de milliers de personnes sont exclues en tout ou partie de cette redistribution. Pour y remédier, il faut mettre en place une politique sociale et familiale sélective. C'est dans un tel contexte que la politique tarifaire continue revêt toute sa signification.

L'OGB•L revendique davantage d'améliorations qualitatives et étouffera dans l'œuf toute intervention allant à l'encontre des acquis. Ce qui vaut pour la nouvelle attaque lancée contre l'index, tout comme pour l'offensive des médecins qui tentent d'introduire la médecine à deux vitesses au Luxembourg par le biais du déconventionnement. L'OGB•L a été le premier syndicat à s'y opposer. Il s'agit là d'une question de principe, qui met en péril la qualité de l'ensemble du système social et de santé luxembourgeois, non seulement pour les assurés mais également pour le personnel du secteur de la santé.

Davantage de démocratie économique

La campagne de mobilisation de l'OGB•L se poursuit conformément à la décision prise par nos organes en septembre 2001. Il s'agit maintenant de sortir de l'impasse dans laquelle se trouve la réforme du droit du travail pendant cette deuxième partie de mandat du gouvernement. Les lois sur les délégations du personnel et les comités mixtes d'entreprise datent des années 70. Depuis cette époque, nous avons connu une crise économique mondiale, de profondes mutations structurelles de l'économie, sans parler de la mondialisation et des nouvelles règles du jeu dans l'organisation du travail.

Réduction des effectifs, travail intérimaire, contrats à durée déterminée, emplois à temps partiel et autres nouvelles formes de travail se sont imposés. L'objectif déclaré de l'économie est de produire avec moins de gens, davantage de flexibilité et de précarité, de manière plus rationnelle, moins coûteuse et plus rentable.

Il n'y a jamais eu autant de tensions et de démotivation dans les entreprises. La pres-

sion qui pèse sur les employés et leurs représentants syndicaux est plus forte que jamais. Peur de perdre son emploi, course à la performance, stress, harcèlement moral (mobbing) en sont les tristes effets secondaires qui ont détérioré sensiblement la qualité de vie dans les entreprises.

C'est pourquoi le dialogue social doit être réorganisé, notamment par l'introduction de nouvelles lois syndicales sur la cogestion dans les entreprises, ou l'extension des lois existantes. La codification du droit du travail, sa modernisation et son adaptation aux nouvelles données, revendiquées depuis des dizaines d'années par l'OGB•L, doivent enfin devenir réalité ! Les délégués du personnel vivent plus dangereusement que jamais; leur influence est limitée et les droits et prétentions des travailleurs le sont donc également. Des mesures s'imposent !

Le cas Kralowetz

Nul n'ignore que l'Union européenne est socialement sous-développée. Et nul n'ignore que dans cette UE, l'esclavage et l'exploitation propre aux temps modernes y sont possibles. Kralowetz en est un exemple édifiant. L'OGB•L et l'ACAL s'élèvent depuis des années contre ces pratiques. Tout le monde le sait, mais personne n'intervient. C'est un fait, même si les ministres en place et leurs prédécesseurs sont brusquement sujets à une amnésie collective.

L'OGB•L s'est beaucoup investi dans le suivi du dossier Kralowetz, tant sur le plan humain que politique. Nous avons non seulement aidé les gens, mais nous avons également mis en lumière les machinations et les pratiques illégales de Kralowetz et consorts et porté le débat bien au-delà des frontières de notre pays. Le gouvernement luxembourgeois se doit de prendre ses responsabilités dans l'intérêt des nombreuses sociétés de transport sérieuses et de la bonne réputation de notre pays.

Modifions les règles et les lois si nécessaire afin d'anéantir le spectre et de supprimer les bases "légal" sur lesquelles se fondent les esclavagistes modernes pour mieux mettre fin à leurs activités !

Droit syndical et droit du travail

Jean-Claude Reding
Secrétaire général



Une réforme s'impose de toute urgence

Lors du congrès de 1999, l'OGB•L avait souligné qu'il était impératif d'améliorer la qualité de notre législation en matière de conventions collectives, de cogestion et de représentation du personnel dans les entreprises afin de maintenir le modèle social luxembourgeois, qui repose sur un dialogue social global mais structuré, et de s'adapter aux exigences de l'euro-péanisation et, au-delà, de la mondialisation de l'économie. Nous avons fait des propositions concrètes et avons une fois de plus souligné l'importance de ces revendications et propositions, lors de la conférence des militants à l'automne 2001, à Bertrange.

Conventions collectives – la réforme va dans le bon sens

Fin octobre 2001, le ministre du Travail a présenté ses propositions de réforme de la législation en matière de conventions collectives. Ces propositions ont été examinées par les secrétaires et présidents syndicaux de l'OGB•L et évaluées sur la base des décisions prises lors de notre congrès. Les conclusions sont claires : les propositions vont dans le bon sens, même si l'OGB•L souhaite des modifications sur des points importants. Ces modifications ont été proposées au ministre du Travail le 30 janvier 2002 au cours d'un entretien. Les propositions du ministère du Travail vont dans le bon sens car d'une part elles peuvent apporter une solution acceptable au délicat problème de la représentativité sectorielle et nationale et des réponses aux incertitudes juridiques et d'autre part elles ouvrent de nouvelles possibilités et niveaux de négociation et visent à accroître l'efficacité de l'Office national de conciliation. En ce qui concerne les nouvelles possibilités et niveaux de négociation, la portée des décisions est toutefois selon nous trop restreinte car elles se limitent à la possibilité d'établir un contrat-cadre et à la transposition contractuelle des directives européennes, dans le cadre des négociations entre les organisations patronales et la Confédération européenne des syndicats. Nous continuons à penser qu'il conviendrait d'envisager des accords plurisectoriels sur des sujets élaborés par les syndicats représentatifs à l'échelle nationale et les organisations patronales, même s'il n'existe pas de contrainte ou de cadre européens. En ce qui concerne l'Office national de conciliation, l'OGB•L conteste la position d'infériorité des membres permanents par rapport au président. L'OGB•L salue la volonté manifestée par le ministre du Travail d'empêcher qu'un contrat puisse être signé par un seul syndicat minoritaire et entrer ainsi en vigueur. Rappelons que le LCGB a procédé ainsi à plusieurs reprises et que ce procédé antidémocratique a eu pour conséquence une détérioration de la convention collective dans le secteur bancaire. La solution proposée par le ministre ne peut toutefois être acceptée dans sa forme actuelle car elle pose davantage de problèmes qu'elle n'en résout.

Polémiques et menaces au lieu de discussions constructives

L'ALEBA et ses organisations satellites (UEP et SNEPR) ont fait du pathos en feignant l'indignation devant les propositions du ministre du Travail, même si les propositions concernant la représentativité sectorielle sont quasiment faites sur mesure pour l'ALEBA. Mais l'ALEBA veut aller plus loin et a admis que les critères proposés pour la représentativité nationale ne sont pas remplis par elle. Si elle n'est pas suffisamment soutenue par ses amis libéraux du gouvernement, elle a annoncé qu'elle fonderait le cas échéant un parti politique. Elle n'a, ce qui est significatif, annoncé aucune action syndicale, et n'a fait part à ce jour d'aucune proposition concrète et constructive pour la réforme des conventions collectives.

La CGFP a elle aussi réagi violemment, même si elle n'est pas concernée par la loi sur les conventions collectives et si personne ne doute de sa représentativité parmi les fonctionnaires. Mais peut-être craint-on ici que ne soient remis en cause les privilèges excessifs de ce syndicat ou que les critères de la représentativité sectorielle ne soient appliqués également aux fonctionnaires.

Les prises de position rapportées avec efficacité par les médias donnent l'impression qu'il s'agit, dans le cas de cette réforme, uniquement de la définition de la représentativité nationale, et que l'aspect sectoriel n'entre plus en ligne de compte. L'importance de cette législation pour les travailleurs et les employés de ce pays, l'importance de cette législation pour l'évolution des relations sociales dans le monde du travail deviennent ainsi secondaires aux yeux du public. Il faut y remédier. Avec plus de 50% des voix à la Chambre de travail, plus de 30% des voix à la Chambre des employés privés et une présence dans tous les secteurs de l'économie, l'OGB•L est le premier syndicat au Luxembourg, autant pour les travailleurs que pour les employés privés. L'OGB•L est de ce fait le seul syndicat à ne pas avoir de problèmes avec la définition de la représentativité nationale. L'OGB•L veut avant tout réformer la législation en matière de convention collective de manière à ce qu'elle permette, dans un nouveau contexte économique et social, de poursuivre et de développer la pratique éprouvée de la convention collective. En ce sens, nous allons mener le débat et nous comptons sur la participation des milieux politiques. Il nous semble également essentiel d'engager rapidement cette réforme et de ne pas en faire un thème de la campagne électorale pour les prochaines élections sociales.

Réforme de la législation en matière de représentation du personnel - Le temps presse !

Il est clair que notre législation, qui date des années 70, doit être revue. Les propositions de l'OGB•L sont prêtes depuis notre dernier congrès. Nous avons perdu assez de temps dans les préparatifs - étude de la jurisprudence et des plaintes traitées par l'Inspection du travail, analyse de propositions et des critiques des syndicats. Il faut agir sans délai, surtout si l'on veut que la réforme intervienne avant les prochaines élections sociales. Contrairement à la législation sur les conventions collectives, il ne s'agit pas ici d'une réforme en profondeur, mais simplement d'une adaptation, d'avancées ponctuelles, notamment au niveau des moyens dont disposent les délégués du personnel pour remplir leur mission et faire valoir leurs droits et au niveau de leur protection contre des sanctions directes et indirectes voire la discrimination.

Autre thème - Où en est...

... la codification du droit du travail ?

Un Code du travail clair et structuré serait essentiel, tant pour les travailleurs que pour les employeurs. Il permettrait de remédier au manque de clarté et d'éviter les oublis et les erreurs liés à la dispersion et à l'absence de cohérence des textes. Il ne s'agit tout de même pas de remuer terre et ciel et de revoir notre droit du travail en totalité. Alors pourquoi la codification n'avance-t-elle pas ? Ou avance-t-elle, mais si peu que le public concerné ne le remarque pas ?

... l'évaluation de la loi PAN de 1999, dont la révision est prévue en 2003 ?

Pour certains aspects précis, notamment le congé parental, les évaluations sont en voie d'élaboration avec l'accord des syndicats et des organisations patronales. Qu'en est-il des autres aspects tels que la flexibilité du temps de travail, quels sont les critères d'évaluation qui doivent être appliqués dans ce cas ? L'OGB•L a défini ses propres critères en 1999. Sur la base de ces critères et vu la position négative adoptée par les employeurs à l'égard d'une réduction négociée du temps de travail, nous demandons la mise en place d'une loi-cadre pour l'introduction de la semaine des 35 heures d'ici 2003 et l'introduction légale de la 6e semaine de congés. Nos revendications sont toujours d'actualité !

I. Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
28 – 29.03.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels		F	
18 – 19.04.2002	Harcèlement moral et sexuel		F	
16 – 17.05.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	A	
23 – 24.05.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels		F	
10 – 11.06.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	A	

II. Syndicalisme et représentation des travailleurs

27.03.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	I	F	
04.04.2002	Gender Training für Personaldelegierte	I	A	

III. Economie

27 – 28.06.2002	La mondialisation de l'économie		F	
-----------------	---------------------------------	--	---	---

IV. Développement de la personnalité

07 – 08.03.2002	Gesprächsführung und persönliche Entwicklung	I	A	
14 – 15.03.2002	Gesprächsführung und persönliche Entwicklung	II	A	
21 – 22.03.2002	Konstruktive Gesprächsführung	I	A	
21 – 22.03.2002	Techniques de réunion - Animer une équipe syndicale, une réunion	I	F	
28 – 29.03.2002	Prise de parole - Parler en public en s'affirmant	I	F	
10 – 11.04.2002	Konstruktive Gesprächsführung	II	A	
18 – 19.04.2002	Rhetorik – die Kunst frei zu reden	I	A	
25 – 26.04.2002	Rhetorik – die Kunst frei zu reden	II	A	
29 – 30.04.2002	Développement de la personnalité	III	F	
06 – 07.05.2002	Verhandlungsführung	I	A	
13 – 14.05.2002	Verhandlungsführung	II	A	
16 – 17.05.2002	Techniques de réunion – Motiver son équipe syndicale	II	F	
30 – 31.05.2002	Techniques de négociation	I	F	
06 – 07.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	I	A	
10 – 11.06.2002	Prise de parole, parler en public en s'affirmant	II	F	
17 – 18.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	II	A	

V. Droit du travail

06 – 07.05.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		F	
-----------------	---	--	---	---

VI. Droit social

07.03.2002	Les nouveaux droits des salariées enceintes		F	
08.03.2002			L	
29 – 30.04.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		F	

INSCRIPTION ET RENSEIGNEMENTS

Section Dudelange

85ème anniversaire de la section
le 16 mars 2002
à partir de 17h00
Maison Syndicale
31, Av. Grande-Duchesse Charlotte
L-3441 Dudelange

Encadrement Musical :

Arbechter-Gesang- a Mandolineverein

Allocutions

- **Henri Kremer**,
Président OGB♦L Dudelange
- **Jean-Claude Reding**,
Secrétaire Général de l'OGB♦L
- **Louis Rech**,
Président du Comité
d'Organisation

Permanences Bascharage

Lundi de 17h00 à 19h00
Mardi de 18h30 à 20h30
Mercredi de 17h00 à 19h00
Samedi de 10h00 à 12h00
143, Av. de Luxembourg
L-4940 Bascharage

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L:

John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy ♦ Esch/Alzette

B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique:

Raymond Thirion

Section des Frontaliers belges

10, rue Général Molitor ♦ Boîte 25 ♦ B-6700 Arlon

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abrégé les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz



Ouça a
todas as 3as Feiras
entre as 19H00 e as 19H30
Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

EDUARDO DIAS
esclarece e responde às questões dos ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18
ou escreva para **Radio Amizade**
Programa "Os Vossos Direitos"
45, rue du Canal L-4050 ESCH/ALZETTE

Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL
103.9 FM

às Quartas-feiras
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS"

António Ferreira em conversa com EDUARDO DIAS

Para informar e esclarecer os ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Tome nota das datas das próximas emissões:
13 e 27 de Março

Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)
ou escreva-nos!

"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS
entre as 9h30 e as 10h00

na **RADIO LATINA**
101.2 e 103.1 FM

Um programa da OGB♦L
para todos os trabalhadores
com o melhor da Música

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363

A
Z
Z
O
Z
O
E
S

Mini-Trips

2002

Alltag raus - Sonne, Strand,
Natur und Kultur rein !

MALLORCA

3 Tage (DZ/HP) ab **351.-** €/Person

COSTA DEL SOL

4 Tage (DZ/HP) ab **399.-** €/Person

ISLAND

3 Tage (DZ/ÜF) ab **742.-** €/Person

JERSEY

3 Tage (DZ/ÜF) ab **392.-** €/Person

*Gruppenreisen mit umfangreichem
Besichtigungsprogramm:*

PRAG

5 Tage (DZ/HP) vom 25.-29.09.02

948.- €/Person

BUDAPEST

4 Tage (DZ/HP) vom 09.-12.05.02

818.- €/Person

WARSCHAU & KRAKAU

6 Tage (DZ/HP) vom 20.-25.06.02

1.254.- €/Person



Voyages ATOL



City Center

VOYAGES FLAMMANG

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80

Fax: 52 52 88 • e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

Le mot mystérieux

Chaque lettre trouvée dans une case numérotée doit être reportée dans la case correspondante de la grille-solution du bas.

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 réveil électrique
- 2^e prix : 1 radio
- 3^e prix : 1 calculatrice

Avant de locomotive	Lettre	Souverains	Lit d'étable	Ecloses
Béotien	Insulaire	Destructeurs de traditions	Explosif	
			9	
Vin espagnol			5	
XI				
		Urticacée		
		Pays		
Gorge			Existes	2
Mouvement lent			Action générreuse	
	8		Long chemin	
			Ferrure	Pièce de la charrue
Barres	1	Cimicalres		
		Epiaison	7	
				Balcon fermé
10				
Guetta			Signal bref	
Corps chimique			Personnel	
				3
				Nuages
Tambourinage		Double règle		
Auteur anonyme		Rigolé	A la mode	
			Note	
	6			
			Signal lumineux	
Qualifie une ligne de tremblement			4	

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 18 mars 2002 à:

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

ou inscrivez votre réponse sur notre site internet : <http://www.ogb-l.lu> (rubrique jeux).

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

01/2002 - Solution: TRADUCTEUR

A. de Moreau, Bettembourg (L), 1^{er} prix

Stéphan Michel, Ottange (F), 2^{ème} prix

Sainte Serge, Aix/Cloie (B), 3^{ème} prix

J	V	A	A						
M	A	Q	U	I	S	A	R	D	
Q	U	E	N	O	T	T	E		
L	U	I	D	R	E	Y			
E	P	R	I	S	E	S			
A	T	R	O	C	E	I	L		
T	O	T	R	H	E	A			
B	E	Q	U	E	T	E	N	T	
U	R	G	E	R	I				
P	R	O	I	E	E	S	T		
O	S	E	R	A	O	U			
O	C	R	I	B	A	U	D		
A	S	S	E	C	H	E	E		
T	R	A	D	U	C	T	E	U	R

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Yasmine Lorang	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Carrilho Beatriz Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Yvon Moinet		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs 09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-20

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
Mardi et vendredi: 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des Euro-conseillers
Sprechstunden der Euro-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülellingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00